

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine



Nummer 14 • 7. Jahrgang

Berlin, 15. Juli 1926

Demokratie oder Autokratie.

Das Saargebiet macht mit dem ständigen Absinken des französischen Franken soeben wieder eine neue Währungsnot durch, die mit all ihren verderblichen Folgen vor allem auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebietes und auf den Lebensunterhalt jedes einzelnen Bewohners in allerhöchster Weise drückt. Das Saargebiet befindet sich dabei in einer Lage, wie sie in ähnlicher Form sich in keinem Staatsgebilde und Staatsgebiet der Welt wiederfindet. Die Währungspolitik des Herrn Rault, die aus politischen Motiven im französischen Sinne durchgeführt worden ist, hat an der Saar Verhältnisse geschaffen, die ein einst blühendes Land wirtschaftlich und sozial verwüstet hat. Wenn man die ganzen politischen Verhältnisse noch einigermaßen begreifen konnte, solange die französische Politik gegenüber Deutschland darauf hinauslief, deutsche Gebiete im Westen vom deutschen Mutterlande abzutrennen, so findet man für die Untätigkeit der vom Völkerbund eingesetzten Saarregierung nach Locarno keine Erklärung mehr, es sei denn, daß das, was man in Locarno mit großen schönen Worten in die Welt posaunte, doch nur Schein und Irreführung war. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellte, daß sich der neue französische Kurs gegenüber Deutschland erst ganz allmählich durchsetzen kann, so bleibt doch noch eine Frage übrig, die nämlich, weshalb der Völkerbund nicht wenigstens jetzt im Sinne seiner Idee vom Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Verwaltung des Saargebietes die Einhaltung der von ihm aufgestellten Instruktionen für die Saarverwaltung verlangt. Man spricht auch heute noch in der großen Politik von dem neuen Geist und von dem Ziel allgemeiner Versöhnung der Völker, vergißt dabei aber das Nächstliegende, nämlich daß der Völkerbund selbst die von ihm aufgestellten Prinzipien endlich in dem Gebiet zur Anwendung bringt, wo ihm die Möglichkeit gegeben ist, unmittelbar seine Grundsätze in die Tat umzusetzen.

Die Not im Saargebiet, wie sie sich infolge der Frankeninflation von Tag zu Tag schärfer an der Saar auswirkt, ist so offenbar und kann von niemand bestritten werden, daß eine Unterlassung notwendiger Hilfe seitens des Völkerbundes zu einem Verbrechen an der Saargebietsbevölkerung wird, für das der Völkerbund ganz allein die Verantwortung zu tragen hat. Wenn bisher irgendwelche Hilfe angefordert ist, dann bisher immer nur von Seiten des deutschen Reiches und von Seiten der Länderregierungen. Diese Hilfe läßt der Völkerbund ohne irgendwelche Gewissensbisse zu, während er sonst ängstlich darauf bedacht ist, daß von deutscher amtlicher Seite aus nichts geschieht, was den Eindruck einer „deutschen Einflußnahme auf die Saarverwaltung“ aufkommen lassen könnte.

Im Völkerbundsbureau in Genf besteht eine Nachrichtenstelle deren Aufgabe es ist, durch geeignet erscheinendes Pressmaterial das Verständnis für die Völkerbundsidee

zu verbreiten und die völkerbundsfeindlichen Stimmungen allmählich abzuschwächen. Man glaubt auch feststellen zu können, daß unter den Wirkungen dieser Völkerbundspropaganda die Ueberzeugung sich in der ganzen Welt immer mehr durchsetzt, als ob der Völkerbund tatsächlich geeignet und geneigt wäre, der Völkerverständigung und dem allgemeinen Frieden zu dienen und den Völker- und Menschenrechten Achtung zu verschaffen. Tatsache ist aber, daß trotz dieser Völkerbundspropaganda im Saargebiet die Zahl derer, die an die hohen Ideale des Völkerbundes glauben, nicht zu sondern abnimmt. Aus sehr begreiflichen Gründen. Das Saargebiet ist Schutzgebiet des Völkerbundes, ist sozusagen ein „Musterländchen des Völkerbundes“. Was die Bevölkerung an der Saar jedoch in diesem Musterländchen als Schutzbefohlene der Genfer Völkerorganisation in nunmehr 7jähriger Leidenszeit erfahren mußte, ist wahrlich nicht geeignet, den Glauben an die hohen Ideale des Völkerbundes zu stärken.

Die Verwaltung an der Saar wird, wie bekannt, von einer Regierungskommission ausgeübt, die alle Regierungsbefugnisse besitzt, die früher dem deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden. Das Saargebiet ist von allen Reparationsleistungen, die Deutschland auferlegt worden sind, befreit. Der Regierungsausschuß hat die unbeschränkte Nutznießung aus dem Besitz, der dem Reich, einem deutschen Staat oder einer örtlichen Behörde gehört. Dem Ausschuß steht die volle Nutznießung an dem gesamten ehemaligen Staatseigentum im Saarbecken zu, ihm wurden völlig schuldenfrei die Saareisenbahnen mit einem sehr reichlich bemessenen rollenden Material zur Verfügung gestellt. Alle im Saargebiet aufkommenden Steuern, Abgaben und Zölle sollen restlos der Verwaltung des Saargebietes zugute kommen. Mit irgendwelchen Schulden war das Saargebiet bei Uebergabe der Verwaltung an die Völkerbundskommission nicht belastet. Das Saargebiet ist mit reichen Bodenschätzen gesegnet, die allerdings Frankreich übereignet wurden. Aus der Hebung dieser Bodenschätze könnte und sollte das Saargebiet steuerlichen Nutzen ziehen, wenn die Saarregierung auf Grund der bestehenden deutschen Gesetze, die in Kraft bleiben sollten, eine entsprechende Steuerpolitik betrieben hätte.

Der Saarregierung war durch den Völkerbundsrat ein Verwaltungsstatut mitgegeben worden, das als Grundsatz für die Verwaltungsaufgaben lediglich aufstellte, sich in jeder Beziehung für das Wohlergehen und die Rechte der Bevölkerung einzusetzen. Dieser Grundsatz entsprach durchaus dem Ideal einer Völkerbundsverwaltung. Ist aber dieser Grundsatz seit Bestehen dieses besonderen Verwaltungsregimes an der Saar jemals zur Anwendung gekommen? Die Verhältnisse, wie sie sich in diesen 7 Jahren entwickelt haben, verneinen das nach jeder Richtung. Wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell ist das Saar-

gebiet von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Der letzte Vierteljahrsbericht der Regierungskommission muß diese Tatsache, wenn auch etwas verlausulierte, selbst feststellen. Ist die Bevölkerung an dem Niedergang schuld?

Obwohl dieser in Versailles geschaffene Völkerbund das Selbstbestimmungsrecht der Völker als sein Ziel aufgestellt hat, ist die Bevölkerung des Völkerbundeslandes an der Saar bisher systematisch von der Mitbestimmung seines Schicksals, von der Gestaltung seiner Verhältnisse ausgeschlossen worden. Die Regierungskommission wurde vom Völkerbund ernannt, ohne daß man bisher der Saar-gebietsbevölkerung wenigstens ein Vorschlagsrecht für die Ernennung des saarländischen Mitgliedes zugestand. Selbst in die kommunale Selbstverwaltung hat die Saarregierung nicht nur hineingeredet, sondern auch hineinregiert, so daß viele Kommunalverwaltungen nur ein verkümmertes Selbstverwaltungsrecht ausüben konnten. Man hat nach langen Kämpfen zwar den Landesrat geschaffen, den man der Welt als „saarländisches Parlament“ vorzustellen versuchte. Dem Saarlandesrat fehlen aber die Grundvoraussetzungen für ein Parlament, da ihm weder die Wahl seines Präsidenten, noch die Aufstellung der Tagesordnung, noch das Recht eigene Anträge einzubringen und zu beschließen, zugestanden wird. Seine Beschlüsse bleiben ohne Berücksichtigung, an der Aufstellung des Haushaltes hat er keinen Anteil, ein Kontrollrecht über die Ausgaben sind ihm verwehrt. Es ist ein Scheinparlament, das nicht den geringsten Einfluß hat und das sich nur dadurch insoweit durchgekämpft hat, als es trotz der Maulkorbmaßnahmen an der Saarregierung seine Stimme laut und vernehmlich erhob, so daß sie weit über die Saargrenzen hinaus gehört wurde.

Der Saarregierung liegt, wie mehrfach erwähnt, in erster Linie die Pflicht ob, Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern. Bisher war aber die Tätigkeit der Saarregierung darauf eingestellt, bei völliger Mißachtung der anerkannten Rechte der Saargebietsbevölkerung, Frankreich politische und wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Diese politischen Interessen Frankreichs lassen sich aber bei der ganzen wirtschafts-, kultur- und bevölkerungspolitischen Struktur des Landes nicht durchführen, ohne dabei die Interessen des Saargebiets selbst und seiner Bevölkerung zu schädigen. Die Frankenwährung führte 1921 die Saarregierung ein, weil sie angeblich im wirtschaftlichen Interesse des Landes lag, in Wirklichkeit, um die politische Macht Frankreichs an der Saar zu stärken. An solche Maßnahmen zum Besten der Bevölkerung denkt man im Schoße der Saarregierung nicht. Die zollpolitische Abschnürung, die besonders verhängnisvoll für die Wirtschaftsverhältnisse an der Saar ist, hat keinerlei Gegenmaßnahmen der Saarregierung veranlaßt, weil diese nicht im französischen Interesse lagen. Besonders verheerend hat im Rahmen der politischen Bestrebungen, wie sie von Frankreich an der Saar verfolgt und von der Saarregierung gefördert wurden, die sozialpolitische Abschnürung des Saargebiets vom deutschen Mutterlande gewirkt. Was die Sozialrentner, die Pensionäre, Invalidenrentner, Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen unter dem Völkerbundsregime an der Saar bereits erdulden mußten, ist so ungeheuerlich, daß man nicht umhin kann, gegen den Völkerbund die aller schwersten Anklagen zu erheben. Von sozialem Verständnis, von sozialem Mitgefühl, wie man es im Völkerbund als selbstverständlich voraussetzen mußte, ist an der Saar nicht das allermindeste zu verspüren. Es ist geradezu grotesk, daß man zwar beim Völkerbund das internationale Arbeitsamt

eingerichtet hat — das sich letzten Endes doch auch mit den sozialen Fragen im Interesse der Arbeiterschaft an der Saar befassen sollte —, von dem auch die verschiedensten Bestrebungen ausgehen, um die soziale und arbeitsrechtliche Lage der Arbeiterschaft zu heben, daß dieser Völkerbund nicht das Nächstliegende tut, nämlich, die sozialen Verhältnisse an der Saar wenigstens so weit zu regeln, daß sie noch Anspruch auf „soziale“ Leistungen erheben können.

Der Völkerbund soll letzten Endes die Anwendung demokratischer Grundsätze in den einzelnen Ländern, die Hebung der Menschenrechte fördern, und die mehr oder weniger autokratisch regierten Völker einer demokratischen Regierung zuführen. Man hat der alten Regierung in Deutschland sehr oft den Vorwurf gemacht, daß sie autokratisch gewesen sei, sich demokratischen Gesichtspunkten ablehnend gegenüber verhielte und den Parlamentarismus im allgemeinen auszuschalten versuchte. Trotzdem stand dieses autokratisch regierte Deutschland auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung an der Spitze aller europäischen Kulturländer. Es marschiert auch noch heute, trotz des verlorenen Krieges, an der Spitze der sozialregierten Völker. Um so mehr empfindet man heute im Saargebiet den Unterschied zwischen dem einstmalig autokratisch verschrienen Deutschland und der Völkerbundsdemokratie. An der Spitze der Verwaltung steht die erwähnte Regierungskommission, die sich einer autokratischen Regierungsweise bedient, wie sie brutaler in keinem Lande des europäischen Kontinents anzutreffen ist. Von demokratischem Geiste ist in diesem Gebiete nirgend etwas zu verspüren, es sei denn, daß sie der französischen Bergwerksdirektion ein Selbstverwaltungsrecht eingeräumt hat, das weit in ihre eigenen Befugnisse eingreift.

Wenn man schon dem Saarlandesrat jedes Recht der Mitbestimmung genommen hat, wenn man ihm die Möglichkeit zu nehmen sich bemüht, seine Meinung zu äußern, so ist man auf der andern Seite bestrebt, mit Hilfe eines ausgedehnten Spießsystems die Auffassungen in der Bevölkerung kennen zu lernen, um sie regierungsfeindlicher Tendenzen und umstürzlerischer Pläne zu verdächtigen. Das ist der Völkerbund, wie er sich im Saargebiet auswirkt.

Es ist somit an der Zeit, daß an den Völkerbund das dringende Ersuchen gerichtet wird, im Saargebiet nach dem Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß die von ihm eingesezte Regierungskommission endlich aufhört, in geradezu sträflicher Weise den Ruf des Völkerbundes zu untergraben. Auch in Genf sollte man wissen, daß an der Saar nicht Demokratie sondern Autokratie schlimmster Art herrscht. In Genf sollte man davon unterrichtet sein, daß mindestens seit Locarno auch für das Saargebiet eine andere Regierungsmethode erforderlich wäre, wenn man die bisherige schon mit Rücksicht auf den vorherrschenden französischen Einfluß im Völkerbund stillschweigend geduldet hat. Es gibt keine Gründe, die der Völkerbund berechtigter Weise anführen könnte, dafür, daß das bisherige System aufrechterhalten werden müsse. Wenn man es aber aufrechterhält, dann desavouiert der Völkerbund sich selbst und verleugnet seine demokratischen Gesichtspunkte, die er in seinem Statut aufgestellt hat und die zu verwirklichen sich alle Völkerbundsstaaten verpflichtet haben.

Als Völkerbundsland wird das Saargebiet daher auch in Zukunft den Gradmesser dafür abgeben, oberein Völkerbund der Demokratie oder der Autokratie sein will.

„Locarnogeist“ und Saarregierung!

Die Hoffnung der Saarbevölkerung, daß nach dem Ausscheiden des Herrn Rault aus der Regierungskommission diese endlich mit ihren „Untertanen“ in ein erträgliches Verhältnis zu kommen suchen würde, hat sich leider wiederum als trügerisch erwiesen. Daß die Regierungskommission gewillt ist, unbekümmert um die Wünsche der Saarbevölkerung auf dem Weg des Diktats fortzuschreiten, das hat sie, unter bewußter Schonung französischer Interessen, durch ihre gegen das Votum des Landesrats dekretierten

sehr schwerwiegenden Steuererhöhungen kürzlich schon bewiesen. Auch das unter Außerachtlassung des in Kulturstaaen allgemein üblichen ordentlichen Rechtsweges verhängte Erscheinungsverbot über ein saarländisches illustriertes Wochenblatt — das in allerdings nicht gerade geschmackvoller Weise sich mit der notwendigen Reinigung der Wohnung des ausgezogenen Expräsidenten Rault befaßt hatte — beweist, daß die Regierungskommission sich von dem Geist der berüchtigten Notverordnung

des Jahres 1924, die bekanntlich selbst im Unterhaus schärfste Verurteilung fand, noch nicht losgemacht hat.

Einen neuen Beweis für die unverändert feindselige Haltung, die die Schulabteilung immer noch deutschen Kulturbestrebungen gegenüber einnimmt, hat diese anlässlich des großen Rheinischen Philologentages wiederum geliefert, der vom 26. bis 29. Juni in Koblenz stattfand. Obwohl zum Besuch dieser bedeutamen Berufstagung nur ein Urlaubstag nötig war, da die übrige Zeit der Tagung auf schulfreie Tage fiel, hat die Schulabteilung den von etwa 50 Philologen aus dem Saargebiet nachgesuchten Urlaub für den 2. Juni glatt abgelehnt, und dadurch die Teilnahme der saarländischen Philologen unmöglich gemacht.

Die Saarbrücker „Volksstimme“ machte zu diesem Urlaubsverbot unter anderem folgende nähere Mitteilungen: Die Tage waren so gewählt, daß am 29. Juni der Schulenterricht infolge eines katholischen Festtages ausfiel, so daß für die Philologen nur ein Urlaubstag, nämlich Montag, der 28. Juni, in Frage kam. Diesem Urlaubsbedürfnis ist das Rheinische Provinzialschulkollegium in Koblenz weitgehendst entgegengekommen. Anders die saarländische Schulverwaltung. Sie hat, obwohl etwa fünfzig Philologen aus dem Saargebiet an der Koblenzer Tagung teilnehmen wollten, diesen den Urlaub für den 28. Juni, der Haupttag der Tagung, verweigert und ihnen somit die Teilnahme an jener wichtigen Tagung ihrer Berufsorganisation unmöglich gemacht. Obendrein ist diese Ablehnung erst in letzter Stunde, nach wochenlanger Ungewißheit betr. die Erledigung des diesbezüglichen Urlaubsgesuches, mitgeteilt worden.

Wir stehen nicht an, so schreibt das Schr. soziald. Blatt, unbeschadet der Tatsache, daß das überwiegende Gros der Philologen im rechten Lager steht und daher ständig mit Kreisen fraternisiert, in denen Druck und Hemmungen von oben nach unten an der Tagesordnung sind, zu erklären, daß wir jene Urlaubsverweigerung an die saarländischen Philologen für einen schweren, mit nichts klappartig zu begründenden, dem Geiste von Locarno, der Völkerverständigung und vor allem auch der wissenschaftlichen Internationale aufs schärfste zuwiderlaufenden Mißgriff halten. Ihren Zusammenhang mit den übrigen rheinischen und deutschen Kollegen, namentlich auch mit dem deutschen Schul- und Geistesleben zu pflegen, ist ein unantastbares Recht der saarländischen Philologen. Maßnahmen wie die in Rede stehenden haben, wenn sie von auslandsnationalistischen Gesichtspunkten getragen sein sollten, übrigens die eine Hauptwirkung, daß sie nationalistischen Geist züchten und vermehren.

Da die Teilnahme an beruflichen Haupttagungen zu den wichtigsten Auswirkungen der Koalitionsfreiheit gehört, so erblicken wir in der Urlaubsverweigerung an die saarländischen Philologen anlässlich des Rheinischen Philologentages gleichzeitig eine Beschneidung des Koalitionsrechtes, angesichts welcher wir die Fragen aufwerfen: Was sagt dazu der Präsident der Regierungskommission? Was die Regierungskommission in der Gesamtheit? Was das saarländische Mitglied, Herr Rohmann? Und welche Konsequenzen gedenken die dem Philologenstande angehörigen leitenden Mitglieder der Schulverwaltung aus dem, wir wiederholen es, einfach unbegreiflichen Urlaubsgesuch zu ziehen? Werden Völkerbund (und auch Internationales Arbeitsamt in Genf) Gelegenheit bekommen und nehmen, zu einer derartigen, für die gesamte im öffentlichen Dienste stehende saarländische Hand- und Kopparbeiterschaft in hohem Grade lebenswichtige Frage grundsätzlicher Stellung zu nehmen?

Der Saarregierung und vor allem der Schulabteilung der Saarregierung waren diese und ähnliche Erörterungen in der Presse natürlich äußerst peinlich. Sie versuchte daher die Angelegenheit möglichst harmlos erscheinen zu lassen, wobei sie sich so stellte, als hätte sie durchaus nicht aus irgendwelchen politischen Gesichtspunkten, sondern lediglich aus Gründen der Schuldisziplin dieses Urlaubsverbot ausgesprochen. So ging der „Saarbrücker Zeitung“, die ebenfalls dieses neue Schulbeispiel saaroffiziöser Völkerbundspolitik entsprechend charakterisiert hatte, eine Zuschrift der Schulabteilung der Saarregierung folgenden Wortlauts zu:

„Die „Saarbrücker Zeitung“ vom 26. v. Mts. bringt unter der Überschrift „Keine Teilnahme am Rheinischen Philologentag“ die Nachricht, das Gesuch saarländischer Philologen um Beurlaubung zum Rheinischen Philologentag in Koblenz sei

abgelehnt worden. Diese Nachricht ist in der angegebenen allgemeinen Form unrichtig. Die Schulabteilung hat sich viel mehr bereit erklärt, drei Vorstandsmitglieder des saarländischen Philologenverbandes nach Koblenz zu beurlauben; abgelehnt wurde nur eine Beurlaubung in größerer Zahl und ein eventueller Ausfall des Unterrichts. Wenn dann weiter behauptet wird, die Nichtbeurlaubung sei unbefehlend deshalb erfolgt, weil es sich um einen deutschen Kongress handelt, so verweisen wir demgegenüber darauf, daß gerade in letzter Zeit Beurlaubungen zu deutschen Versammlungen in zahlreichen Fällen von der Schulabteilung ausgesprochen worden sind.“

Die Redaktion der „Saarbrücker Zeitung“ knüpft hieran u. a. folgende treffende Bemerkungen:

„Wir nehmen zunächst gern davon Kenntnis, „daß in letzter Zeit Beurlaubungen zu deutschen Versammlungen in zahlreichen Fällen von der Schulabteilung ausgesprochen worden sind“. Obwohl von den zahlreichen Fällen in Lehrerkreisen nicht allzu viel bekannt ist. Was aber den vorliegenden Fall anlangt, so ist doch wohl auch eine andere Auffassung möglich als die, daß nur die Beurlaubung von drei Vorstandsmitgliedern sich rechtfertigen ließ. Jedenfalls wird diese andere Auffassung ungefähr von der gesamten Lehrerschaft vertreten. Die Philologentage sind natürlich von ganz außergewöhnlicher Bedeutung für die fachliche Weiterbildung. Daran teilzunehmen, hat daher jeder Philologe die größte Interesse. Die Förderung des Lehrers kommt aber selbstverständlich der Gesamtheit zugute, da dadurch nur die Schüler gewinnen. Angesichts dessen sollte also schon einem Unterrichtsausfall, wenn er wirklich in Betracht käme, wenig Bedeutung beigelegt werden. Aber der Wert der Tagungen wird in Preußen auch schon von jeher gewürdigt. Schon vor dem Kriege beurlaubten die preussischen Provinzialschulkollegien grundsätzlich jeden Philologen, der an einer solchen Tagung teilnehmen wollte.“

Das ist das eine. Zum andern aber hatte kaum ein Sechstel der saarländischen Lehrerschaft um diesen einen Tag Urlaub zur Teilnahme an dem Philologentag gebeten. Höchstens in einer Schule wäre deshalb vielleicht ein teilweiser Unterrichtsausfall notwendig gewesen.

Und drittens. Es gab jedenfalls noch einen Weg, wenn die Schulabteilung glaubte, einen Unterrichtsausfall auf alle Fälle verhüten zu müssen. Die Urlaubsgesuche lagen seit Wochen vor. Sie konnte erklären, daß eine Teilnahme nur soweit zugelassen werde, als nicht ein Unterrichtsausfall in Frage käme. Statt dessen? — Hat sie bis zum letzten Augenblick gewartet, um dann allen um Urlaub Nachsuchenden bis auf drei Vorstandsmitgliedern zu erklären, daß sie den Urlaub nicht gewähren könne.

Es ist fürwahr ein hoher Idealismus dieser 50 saarländischen Philologen, daß sie trotz der wirtschaftlichen Not an ihrem Berufscongreß teilnehmen wollten. Das kann ihnen jedenfalls die Saarbevölkerung nur warm und hoch anrechnen. Die Auffassung der Schulabteilung vermögen wir aber — und wir glauben, auch da mit der Bevölkerung einig zu gehen — nach wie vor nicht zu teilen. Es ist immer noch alter Geist!“

Von unserem Standpunkt aus möchten wir jedoch zu dem Verhalten der Schulabteilung der Saarregierung grundsätzlich noch das folgende bemerken: Ist es wirklich einzig und allein die Sorge um eine unge störte Durchführung des Schulunterrichts, die die Saarregierung zu diesem Urlaubsverbot veranlaßte? Wenn ja, dann möchten wir die Frage aufwerfen, wo die Sorge der Schulabteilung für einen unge störten Schulunterricht blieb, als es sich darum handelte, den französischen Sprachunterricht in den Volksschulen einzuführen und französische Schulen zu errichten, um in diese saardeutsche Kinder unter den unglaublichsten Gewaltmitteln hineinzuzwingen. Ist man in der Schulabteilung der Saarregierung wirklich so naiv, glauben zu machen, die Einführung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen auf Kosten anderer wichtiger Fächer hätten keine Störung des Schulbetriebes herbeigeführt? Will sie weiter glauben machen, die französische Schulpropaganda haben den Schulbetrieb in den deutschen Volksschulen an der Saar dadurch gefördert, daß ein ständiger Wechsel innerhalb des Schülerkörpers eintrat und die Schließung der Klassen und ihre Wiedereinrichtung nach den erfolglosen Experimenten veranlaßt wurde? Will die Schulabteilung ernstlich behaupten, durch die französischen Propagandaschulen sei die Schuldisziplin gefördert und die Leistungen der Schüler gehoben worden?

Ueber diese Punkte vermessen wir noch einen ausführlichen Bericht der Schulabteilung und eine kritische Stellungnahme, welche Folgen die Versuche hatten, die Politik in die Schulen hineinzutragen.

Merkwürdig, daß die Saarregierung immer nur dann Störungen des Schulbetriebes fürchtet, wenn evtl. einige Stunden zugunsten einer Veranstaltung ausfallen könnten, die der kulturellen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland oder der Körperertüchtigung der Saarjugend dienen. So sollten am 3. Juli in Saarbrücken leichtathletische Wettkämpfe der höheren Schulen des gesamten Saargebietes stattfinden. Da man in der Alleestraße offenbar befürchtete, daß hierbei auch vom deutschen Vaterlande ein Wort fallen könnte, etwa in dem Sinne, daß alle Deutschen, die es ernst mit ihrem Vaterlande meinen, im Interesse seiner Zukunft an der allgemeinen Erziehung der deutschen Jugend arbeiten müßten, so hat die Saarregierung die Veranstaltung dieser Wettkämpfe der höheren Schulen in letzter Stunde verboten. Auch hier zog man die fadenscheinige Begründung heran, daß dadurch einige Unterrichtsstunden ausfallen müßten! Was ist die Schulverwaltung doch besorgt darum, daß die saar-deutsche Jugend etwa zu wenig lernen könnte. Als es sich darum handelte, für die französischen Schulen Propaganda zu machen, da schädete es nichts, wenn die Schüler tage- und wochenlang dem Schulunterricht fern blieben. Man erleichterte ja mit Absicht damals den Übergang in die französischen Schulen dadurch, daß man es mit der Schuldisziplin in den französischen Schulen nicht allzu genau nahm und zwei Augen zudrückte, wenn die der französischen Schulpropaganda zugeführten deutschen Kinder die Schule schwänzten. Man begnügte sich damit, diese Kinder mit ihren Eltern zu den Schmierabenden einzuladen, wo man sie durch Geschenke und andere Vergünstigungen an die französische Schule zu binden trachtete.

Was müssen doch in der Schulabteilung der Saarregierung für harmlose Gemüter oder für charakterfeste Franzosendiener sein, die derartige Verbote mit solch faustdicken — „Begründungen“ zu verantworten den Mut aufbringen. Daß die gleiche Schulabteilung vor einigen Monaten die Beteiligung der Schulen an der Zeppelin-Eckener-Spende unterjagte, sei nur am Rande vermerkt. Die Herren der Schulabteilung sollten sich doch nicht einbilden, daß sie die geborenen Wächter der Schuldisziplin wären, wenn sie bei diesen Veranstaltungen mehr Besorgnis um die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes heucheln, als man im übrigen Deutschland in solchen Fällen für notwendig hält.

In diesem Zusammenhang verdient auch die geradezu unglaubliche Haltung, die die Regierungskommission den saarländischen Kriegsrentenbeziehern gegenüber einnimmt, festgehalten zu werden. Entblödet sich die Regierungskommission doch nicht — die bekanntlich keine andere Aufgabe als die Fürsorge für das Wohl der Bevölkerung hat —, diese Armen der Armen um einen Teil der ihnen gesetzlich zustehenden Rente zu bringen, indem sie die ihr von der deutschen Regierung zur Verteilung an die Kriegsrentner in Reichsmark übergebenen Beträge diesen Leuten gleichwohl in Franken auszahlt und dazu zu einem Kurs, der weit unter dem Wert des empfangenen Geldes liegt. Trotz zahlreicher Vorstellungen der geschädigten Rentner, trotz

Eingaben des Landesrates ist die Regierung bis heute von diesem Verfahren noch nicht abgegangen. Sie ließ sogar kürzlich im Landesrat, als sie nach der Verwendung der auf Kosten der Kriegsrentner erzielten Kursgewinne gefragt wurde, mitteilen, daß ihr bei diesem Verfahren noch Verluste (!?) entstanden seien. Am 29. Juni legte sie bei der Auszahlung der Renten einen Umrechnungskurs von 7,60 Franken für die Mark zugrunde, obwohl der tatsächliche Kurs 8,30 betrug.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich eine von mehreren Tausend Personen besuchte Versammlung der Kriegshinterbliebenen, Kriegsbeschädigten und Rentenempfänger, um öffentlich für die gerechte Forderung auf Auszahlung der von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Renten in Goldmark bzw. auf Auszahlung der bisher von der Regierung zurückbehaltenen Kursdifferenz zu demonstrieren. Wie soll man das Verhalten der Saarregierung erklären, wenn man annehmen muß, daß sie mit Reichsgeldern auf Kosten der armen Kriegshinterbliebenen und Rentenempfänger Spekulation treibt. Der Einwand, daß die Regierung zu Zeiten der Markentwertung aus ihren Mitteln große Summen zugunsten der Kriegsbeschädigten aufgewandt habe, die jetzt auf dem Wege des Inflationsgewinnes wieder hereingebracht werden müßten, ist nicht nur juristisch, sondern auch moralisch hinfällig, da die Regierungskommission als Kuhnleher der saarländischen Steuern letzten Endes überhaupt für die Unterhaltung und Unterstützung der Kriegsoffer verantwortlich ist.

Man kann die Erregung verstehen, die die Kriegsbeschädigten und Rentenempfänger ohne Unterschied der Organisation und politischen Anschauung ergriffen hat, eine Erregung, die das Wohlfahrtsamt in der Alleestraße endlich zu einer Überprüfung der bis jetzt angewandten Zahlungsmethoden veranlassen sollte. Es ist nicht damit getan, Demonstrationzüge durch Polizei und Landjäger zerstreuen zu lassen — es gilt, die Ursache der berechtigten Erregung zu beseitigen.

Ist es für die Regierung und die saarländischen Finanzen wirklich ein so großer Gewinn, die etwas stärker angepannte Rentenkasse von 1923 heute wieder „aufzufüllen“. Oder kommt die Kursdifferenz etwa den Kriegsofern auf anderem Wege zugute? Die Kriegsoffer behaupten in einer Entschliebung an die Regierungskommission, daß die deutsche Regierung bei der Regierungskommission auf volle Auszahlung der Kursdifferenz gedrängt habe. Wie steht es damit? Auf jeden Fall muß baldmöglichst eine gerechte Lösung gefunden werden, wenn nicht die Erregung der Kriegsoffer gewissen politischen Spekulanten zugute kommen soll.

Jedenfalls bleibt es auch in diesem Fall ein Schandfleck für die Saarregierung, daß sie einen Demonstrationzug dieser armen betrogenen Kriegsoffer durch ein großes Aufgebot berittener und unberittener Landjäger schon einen Kilometer vor dem Regierungsgebäude mit Gewalt zerstreuen ließ. Wahrlich, es sieht dunkel und trostlos in diesem Völkerbundsland an der Saar aus, es sieht so aus, als hätte die französische Zollgrenze es verhindert, den Locarnogeist in das Saargebiet hineinzu lassen.

Die Rückwirkungen der Frankeninflation im Saargebiet.

Seit Monaten versucht die französische Regierung der fortschreitenden Inflation der französischen Währung Einhalt zu tun. Bis jetzt hat man ein geeignetes Mittel jedoch nicht gefunden. Ob der neue französische Finanzminister Caillaux der Mann sein wird, dem die Macht innewohnt, den mit beängstigender Geschwindigkeit abwärts rollenden Franken aufzuhalten, erscheint nach der ganzen wirtschafts- und währungspolitischen Lage Frankreichs nicht sehr wahrscheinlich. Wenn man in Deutschland Schadenfroß würde man vielleicht die Frankenentwicklung mit einer gewissen stillen Freude aus der Ferne beobachten. Das deutsche Volk ist aber ein viel zu nüchtern urteilendes, als daß es solchen Erwägungen zugänglich wäre. In Deutschland weiß man aus Erfahrung nur zu genau, daß eine kranke Währung in Europa vor allem wirtschaftspolitisch sich auch in den übrigen europäischen Ländern auswirken muß. Aber nicht nur Frankreichs Währung ist krank, sondern u. a. auch die belgische, italienische und polnische befinden sich in der gleichen beängstigenden Abwärtsbewegung. Die Auswirkungen für Deutschland zeigen sich zum Teil in den hohen Erwerbslosenziffern.

Doch ganz abgesehen von den Wirkungen der Frankeninflation in Deutschland, hat das deutsche Volk Veranlassung, mit besonderer Sorge die sich entwickelnden Vorgänge an der Saar zu beobachten. Das Währungsverbrechen des Herrn Kautz fordert je länger je mehr Opfer in der Saargebietsbevölkerung, wovon sich der größte Teil des deutschen Volkes viel zu wenig eine Vorstellung macht. Die Abgrenzung des Saargebiets nach dem Versailler Diktat hat zwar nach dem Westen theoretisch die Grenzen — doch läßt die französische Wirtschaft aus Konkurrenzjorgen nur einen kleinen Teil saardeutscher Produktion hinein. Nach Osten aber sperrt den Wirtschaftsverkehr und damit das tägliche Brot nicht nur die unsinnige französische Zollgrenze, sondern auch die immer höher wachsende Währungsmauer, wie sie sich für das Saargebiet durch die deutsche Goldwährung ergibt. So ist die Saargebietsbevölkerung wirtschaftspolitisch auf kleinem Raum eingekerkert, den anstürmenden Inflationswellen des Franken schutzlos ausgesetzt, und somit steigender würgender Not verfallen. Im Saargebiet selbst und auch von unserer Seite ist bei Einführung der Frankenwährung im Saargebiet auf die unheilvollen

Wirkungen hingewiesen worden, die sich ergeben müßten, wenn der Franken den Charakter einer stabilen Währung verliert. Heute an das Wort zu erinnern, das im Siegesjubel ein französisches Blatt bei Einführung der Frankenwährung aussprach, halten wir für besonders angebracht: „Liebe französische Banknote, das Bild deiner behelmten Frau erobert heute das Saargebiet, halte gar deine alte Kraft, liebe französische Banknote.“ Trotz der Siegesfreude dieses französischen Blattes, sprach dennoch aus diesen Worten die stille Sorge, daß der Frank von seinem scheinbar festen Stand einmal hinabrollen könnte. Heute sehen wir ihn auf steiler Bahn. Das, was damals dem französischen Franken als politische Mission zugebach war, entwickelt sich mehr und mehr zu einer Waffe gegen die französische Annexionsbestrebungen, zu einer Waffe gegen die Saarregierung, die den Franken ins Saargebiet rief und damit die Hungersnot.

Schon oft haben wir auf die Begründung verwiesen, die Herr Rault gegeben hat, als er sein Frankendiktat dem Völkerbund gegenüber zu begründen versuchte: „das Wohlergehen der Bevölkerung erfordert die Einführung einer stabilen Währung an Stelle der kranken deutschen Mark.“ Wo ist die Regierungskommission, wo der Völkerbund, die entsprechend ihrer damaligen Begründung dafür Sorge tragen, daß an der Saar wieder stabile Währungsverhältnisse herrschen? Nichts rührt sich in der Saarregierung, um die Verzweiflung der Bevölkerung in ihrem Währungselend zu bannen, nichts geschieht, um die Bevölkerung von ihren Sorgen zu befreien. Man verweist auf Frankreich, das schon für bessere Währungsverhältnisse sorgen wird, und die Bevölkerung wird immer tiefer in die Währungsnot hineingestoßen.

Welche Entwicklung die Verhältnisse an der Saar genommen haben, ergibt sich aus einer Verlautbarung der Regierungskommission, wonach „sich diese vor die Notwendigkeit gestellt sah, die Gehälter der Beamten, die Löhne der Staatsarbeiter und Bezüge der Sozialrentenempfänger zu erhöhen. Die Gesamtausgabe hierfür beläuft sich auf rund 47 Millionen Franken pro Jahr. Hierfür sind Steuererhöhungen im Betrage von 21 Millionen Franken erforderlich. Den Restbetrag glaubt die Regierungskommission im Rahmen der schon bestehenden Steuergesetzgebung, ferner durch Tarifierhöhung bei den Verkehrsanstalten und durch äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten der staatlichen Ausgaben aufbringen zu können. Soweit Erhöhungen der Steuereinnahmen erforderlich sind, ist die Regierungskommission bemüht, „die breite Masse der Bevölkerung nach Möglichkeit zu schonen“. Sie beabsichtigt daher, dem Landrat eine stärkere Besteuerung der Mineralöle sowie die Erhöhung der Stempelsteuer vorzuschlagen. Lediglich soweit der erforderliche Mehrbetrag an Einnahmen durch die vorgenannten Steuerarten nicht aufgebracht werden kann, hat die Regierungskommission eine Erhöhung der Umsatzsteuer im Höchstmäße von 1,3 auf 1,6 ins Auge gefaßt.“

Eine Erhöhung der Lohnsteuer ist von der Regierungskommission angeblich nicht erwogen worden.

Heraufsetzung der Steuer — das ist das einzige Mittel, über das die Saarregierung verfügt, um die Folgen ihrer Währungsünden zu begegnen. Sonst weiß sie der Bevölkerung nichts zu sagen und nichts zu bieten. Sie wird den Völkerbund auch um die Erhöhung ihrer Bezüge angehen, da auch sie unter den Folgen der Frankeneinführung leidet. Woher soll aber die Bevölkerung die von ihr geforderten höheren Steuern hernehmen? Danach fragt die Regierungskommission nicht. Die „Saarbrücker Zeitung“ weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß man offenbar nicht daran gedacht hat, auch dem französischen Grubenfiskus einen Teil der neuen Lasten zu übertragen, die dem Saargebiet als Folge der Einführung des französischen Franken im Saargebiet zufallen. Ist es doch gerade der französische Grubenfiskus gewesen, der zuerst den französischen Franken im Saargebiet in Umlauf setzte, und der mit den verschiedensten Druckmitteln die Bergarbeiter zwingt, den Franken zu fordern. Wenn man diese Vorgänge im Saargebiet verfolgt, so fragt man sich immer wieder, ob es die verantwortlichen Leiter der Saarregierung tatsächlich mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können glauben, heute dem Inflationssturm tatenlos zuzusehen, während sie vor drei Jahren während der deutschen Inflation bis zur Frankeneinführung sich fast Tag und Nacht keine Ruhe gönnten, bis sie nach ihrer Behauptung die Saargebietsbevölkerung von der Währungsnot befreit hatten. Liegen denn heute die Dinge nicht genau so wie damals, heißt die Saargebietsbevölkerung nicht wie damals eine kranke Währung, nimmt die Verarmung nicht wie damals täglich zu, wird die Not nicht immer größer, die Verdienste immer kleiner, der Lebensunterhalt immer teurer? Wo bleiben die

Maßnahmen, die man damals gegen die kranke Mark anwandte? Wo ist das Verlangen der Saarregierung an die Kommunalbehörden, die Parteigebühren in fester Währung einzuziehen, ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter in fester Währung zu besolden, wo bleibt das Verbot von Gehaltserhöhungen, sofern diese nicht in stabiler Währung beschlossen werden? Wo ist das Gesuch der Regierungskommission an den Völkerbund im Interesse der Sicherung der Wohlfahrt der Bevölkerung die schraubende Frankenwährung durch eine stabile Goldmarkwährung zu ersetzen? Schlägt den Herren der Regierungskommission nicht bald das Gewissen angesichts der verzweifelnden Bevölkerung an der Saar?

Vielleicht rechnet man in der Saarregierung damit, daß Herr Caillaux die Frankensituation gelingt. Wenn das aber nicht der Fall ist, was beabsichtigt dann die Saarregierung außer Steuererhöhungen, was gedenkt sie zu tun, um die Pensionäre und Invaliden, die Kranken, Alten und Waisen vor dem Hungertode zu bewahren? Wir müssen leider immer mehr feststellen, daß Herr Stephens bisher nicht gezeigt hat, daß er sich von den 6 Jahre lang gegangenen Wegen des Herrn Rault entfernen will. Will er das Saarvolk völlig ins Verderben führen?

+

Deutsche Hilfe für das Saargebiet.

Der Reichsnachschußverein hat der Saarnachschuß ein Aufwertungskapital von 1½ Millionen Goldmark angeboten. Der Vorstand der Saarnachschuß hat einstimmig beschlossen, dieses Kapital anzunehmen und an die Rentenempfänger in 12 Monatsraten zur Auszahlung zu bringen. Von diesen 1½ Millionen wurden bereits 400 000 Mark als erste Rate an den Saarnachschußverein überwiesen, so daß die in Frage kommenden Pensionäre bereits am 1. August in den Genuß der Unterstützung gelangen werden.

Was hat aber die Saarregierung bisher getan, um den notleidenden Rentnern im Saargebiet, den Opfern der Frankeneinführung zu helfen? Und Frankreich, gleichfalls nichts! Im Gegenteil, die vom Deutschen Reich der Saarregierung überwiesenen Goldmarkbeträge an die Kriegs-Invaliden, -Pensionäre und -Hinterbliebenen hat sie dazu benutzt, um damit Kurspekulationen zum Schaden der Empfangsberechtigten zu treiben. Bei Auszahlung dieser Beträge hat sie regelmäßig einen bedeutend niedrigen Umrechnungskurs zur Anwendung gebracht. Es entsteht die Frage: wo blieb die Kursdifferenz? Nach einer Meldung der Saarcorrespondenz sollen in Zukunft die vom Reich für die saarländischen Rentenempfänger überwiesenen Renten zwecks Vermeidung von Kursverlusten für die Empfänger nicht mehr zu Beginn eines Monats nach dem dritten Werktag, sondern gleich nach Eingang der Gelder zur Auszahlung gelangen. Die „Saarbr. Ztg.“ erhebt mit Recht die Frage, warum erst noch lange die Umrechnung, warum nicht die Auszahlung gleich in Mark? Die Anordnung der sofortigen Auszahlung geht ja selbst von der Tatsache der Kursverluste aus; um diese ganz zu vermeiden, sollte man die Reichsrenten auch in Reichsmark auszahlen. Oder will man auch weiter mit den Reichsgeldern Spekulationsgeschäfte machen?

*

Zu Gunsten der sogen. Saargänger beschloß der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete 5 Millionen Mk. zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluß geht über das Regierungsprogramm hinaus, das nur 3 Millionen für diese Zwecke vorsah. Gleichwohl sagte Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete entgegenkommende Durchführung des Regierungsprogramms zu. Ferner teilte er mit, daß der Reichsfinanzminister sofort als Vorschuß für die Hilfeleistung an Gewerbe, Landwirtschaft usw. drei Millionen Mark zur Verfügung stelle.

Annahme fand ein von allen bürgerlichen Parteien gestellter Antrag, der 22 Millionen fordert an Krediten und Mitteln für das Saargrenzgebiet. Der Ausschuß nahm Kenntnis von dem Regierungsprogramm in seinen wesentlichen Teilen. Es fand eine Aussprache statt über die Gestaltung des Härtefonds, die notwendig sind, um die vorliegenden Anträge nach Möglichkeit zu erledigen. Der Ausschuß billigte auch das Regierungsprogramm, soweit es das kulturelle Leben im besetzten Gebiet behandelt.

Noch ein Beitrag zu dem Saaradressenschwindel.

Zu der Frage, wie Clemenceau zu seinem bekannten Saar-
betrug gelegentlich der Versailler Diktatorvorbereitungen kam, er-
halten wir aus dem Saargebiet eine Zuschrift, der wir mit Inter-
esse folgendes entnehmen:

Der Kernpunkt des ganzen Saarschwindels ist ja wohl die
Lüge des famosen Herrn Clemenceau betreffs der 150 000 Saar-
franzosen. Aber ich verstehe nicht recht, daß man bei den vielen
Hypothesen, die bisher zusammengebracht wurden, einen Fall
noch nicht angeführt hat, der meiner Ansicht nach wohl die
150 000 Saarfranzosen hervorzaubern kann. Wenn man die
Zeitungen des Januar 1919 nach dem Einmarsch der ungebetenen
Gäste nachsieht, findet man eine Anzeile, die wie folgt lautet:

„Belanntmachung!“

Die in Anbetracht der Demobilisierung aus dem Heeres-
dienst entlassenen Mannschaften (nicht Offiziere und Unter-
offiziere) haben sich bei der französischen Kommandantur auf
dem Bürgermeisteramt zu melden und zwar:

Buchstabe A von . . . (folgt Datum)

Buchstabe B von . . . (folgt Datum) usw.

Ort . . . den . . . Januar 1919.

Im Auftrag des Herrn Kommandanten.
Der Bürgermeister.“

Diese Anzeige oder derselbe Inhalt mit anderen Worten
war in sämtlichen Zeitungen des Saargebiets veröffentlicht.
Die Offiziere und Unteroffiziere wurden für sich gezählt.

Wenn man zu dem französischen Corporal kam, wurde eine
Liste vorgelegt, in der man seinen Namen usw., wenn ich nicht
irre mit der Formation des Truppenteils, dem man im Kriege
angehört hatte, usw. eintragen mußte. Aber, und das ist das
Auffällige, jeder Mann, der sich meldete wird es bestätigen,
diese Listen waren nicht, wie man das in Deutschland gewohnt
ist, und war, gebunden oder geheftet mit einem Kopfschraub
über den Unterschriften, sondern in diese Listen mußte man sich
eintragen, ohne zu wissen, zu welchem Zwecke sie bestimmt waren.
Wir wurden doch gezwungen und „wehe“, wer nicht unter-
schreiben wollte. Beim Zoll ist es noch heute so, daß man erst
einen Blankobogen Papier unterschreiben muß, bevor der
Zöllner sein Protokoll aufseht. Mir selbst ist es passiert, daher
ich es bezeugen kann. Was hat man in Versailles mit Deutsch-
land anders gemacht? Ist es da nicht nebelhaft, daß diese
Liste, die keinen Kopfschraub enthielt, erschwindelt wurde, um die

150 000 Saarfranzosen bequem aufmarschieren zu lassen? Das
Saargebiet mit seinen 700 000 Einwohnern wird wohl die Zahl
von 150 000 Mann als Soldaten ins Feld gestellt haben.

Dieser Sache nachzugehen, würde sich wohl lohnen.

Wenn man die verschiedensten Manöver, die versucht wurden,
um im Saargebiet und in Lothringen Unterschriften aufzubringen,
aneinanderreicht, dann gewinnt man allmählich die Ueberzeugung,
daß es auf diesen zahlreichen Betrugswegen Herrn Clemenceau
tatsächlich gelungen sein mag, annähernd 100 000 Unterschriften zu
sammeln. Wohl verstanden, Unterschriften, die von den be-
treffenden Personen zu ganz anderen Zwecken gegeben wurden,
als sie von Clemenceau verwandt wurden. Man braucht nur
danach zu forschen, aus welchem Anlaß, zu welchem Zweck und
unter welchen Voraussetzungen seit dem Einmarsch der Franzosen
ins Saargebiet Unterschriften im Saargebiet, in Lothringen und
wer weiß noch wo geleistet worden sind, die alle diese betrügerische
Verwendung durch Clemenceau in Versailles gefunden haben. Es
bleibt jedenfalls ein Schandfleck für Frankreichs Politik, als es
auf dem Wege des Betruges, der Lüge und der Fälschung ver-
suchte, die Annexion des Saargebiets zu erreichen. Die französischen
Politiker sind wahrlich nicht zu beneiden, die sich an dieser Politik
beteiligt haben. Es sind aber auch die Politiker nicht zu beneiden,
die heute noch krampfhaft versuchen, diese Politik zu verteidigen
oder noch nachträglich zum Erfolg zu verhelfen.

Eines aber wäre an der Zeit, daß man sich im Völkerbund
endlich einmal mit der Frage befaßt, ob auf Grund der bisherigen
Feststellungen man Frankreich seine Beute an der Saar, die es
mit Hilfe eines gemeinen Betrugsmanövers sich zugeeignet hat,
nicht endlich abnehmen sollte, damit wenigstens der Völkerbund
von sich sagen darf, er habe, nachdem er nachträglich Kenntnis von
diesen französischen Machenschaften in Versailles erhalten habe,
sich beeilt, das durch Betrug geschaffene Unrecht wieder gut zu
machen. Solange er das nicht tut, kann ihm der
Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er die Fort-
setzung dieses Unrechtes duldet. Jedenfalls kann von
einer Rechtsgrundlage für das Saarstatut keine Rede sein. Jeden-
falls steht fest, daß die Saarregierung, wie sie in dem Versailler
Diktat festgelegt worden ist, nicht zustande gekommen wäre, wenn
die entscheidenden Männer damals gewußt hätten, wie die Dinge
in Wirklichkeit an der Saar lagen. Nur Frankreichs Diktatoren
kannten den Betrug und haben ihn selbst gefördert. Ihnen kann
man Unkenntnis nicht nachsagen, wohl aber beschuldigen, daß sie
im Sinne Clemenceaus durch Betrug sich widerrechtlich in den
Besitz des Saargebiets setzen wollten.

Deutsche Worte an deutscher Saar.

Die Saarbrücker Landeszeitung in einem neuen Heim!

Für die Zentrumspartei des Saargebietes und weit über ihre
Reihen hinaus wird der 28. Juni 1926 ein denkwürdiger Tag
bleiben; denn an diesem Tage fand, wie wir bereits kurz melde-
ten, die feierliche Eröffnung des neuen Geschäftshauses der
„Saarbrücker Landeszeitung“ statt, ein prachtvoller geräumiger
Bau, an der Ecke der Kaiser- und Königin-Luisenstraße im ehe-
maligen Luisengarten stehend.

Es ist nicht Aufgabe des „Saar-Freund“, darauf einzugehen,
was die Errichtung dieses Hauses für die Katholiken und für die
Zentrumspartei des Saargebietes, dessen führendes Blatt die
S. L. Z. ist, bedeutet. Was hier interessiert, ist seine Bedeutung
im Kampfe um die Deutscherhaltung unseres Saarlandes. Daß
eine Errichtung als Markstein in diesem Ringen auch von poli-
tisch und weltanschaulich anders als die Erbauer Denkenden ge-
wertet wird, zeigten die große Beteiligung an der Feier und die
vielen Glückwünsche aus Nichtzentrumstreifen und vonseiten
deutscher Behörden, darunter auch von der Reichsregierung. So
sandte Reichskanzler Marx namens der Reichsregierung
folgenden Glückwunsch:

„Bei der Eröffnung des neuen Hauses begrüße ich die
„Saarbrücker Landeszeitung“ als Deutschlands Vorkämpferin
an der Saar. Wie die Reichsregierung an dem Geschick des
Saargebietes stets regsten Anteil nimmt, so teile ich heute die
Freude des Blattes an dem schönen Erfolg, den die Errichtung
des neuen stolzen Baues darstellt. Möge er eine Stätte sein,
an der auch in Zukunft die Treue des Saargebietes zum deut-
schen Vaterlande gepflegt wird, bis der Tag der Wiederverein-
igung mit ihm gekommen ist.“

Reichsaußenminister Dr. Stresemann klebete
seine Wünsche und Grüße in folgende Worte:

„Der „Saarbrücker Landeszeitung“ sende ich aus Anlaß
der Eröffnung ihres neuen Hauses die besten Grüße und
Wünsche für die Zukunft. Ich verbinde damit den Dank für
die wertvollen Dienste, die die „Saarbrücker Landeszeitung“
der deutschen Sache im Saargebiet geleistet hat. Durch ihre
Haltung ist die „Saarbrücker Landeszeitung“ bisher eine starke
Stütze in schweren Tagen gewesen. Möge die Zeitung in ihrer
vaterländischen Aufgabe auf der Bahn des Erfolges weiter fort-
schreiten.“

Auf die vielen anderen Glückwünsche hier näher
einzugehen, verbietet der Mangel an Raum. Vielleicht darf
jedoch bemerkt werden, daß Herr Kommerzienrat Hermann
Köhling in seinem Glückwunsch u. a. sagt, daß es sich hier
um eines der wertvollsten Kampfmittel im Kampfe um die
Deutscherhaltung des Saargebietes handele.

Den Lesern unseres „Saar-Freundes“ ist bekannt, daß die
„Saarbrücker Landeszeitung“ dann, wenn es galt, für das
Deutschtum einzutreten, stets auf dem Posten war. Ueber ihre
grundsätzliche Einstellung spricht sich erneut der Vorsitzende des
Aufsichtsrates, Pfarrer Franz Bungarten, in seiner ge-
wöhnlichen frischen Weise an leitender Stelle der imposanten Fest-
nummer aus. Er sagt dort:

„Austreten will man uns im Saargebiet. Nach uns im
Grenzland langen von allen Seiten die Hände. Ein heißbegehr-
tes Schacherojekt sind wir geworden. Das ist unser hartes

Schicksal. Der Sprache des Herzens zu folgen, ist uns noch lange verwehrt. Wir haben keine Freiheit. Das ist unser Elend. Die Sehnsucht nach einem freien testamentarischen Verfügungsrecht kann uns kein Umschmeicheln, keine militärische Gewalt nehmen. Und kein Friedensdiktat und keine Diplomatenkonferenz, kein Politikergezänk, kann uns verbieten, im Geist O'Connells über uns zu verfügen. Jetzt schon ist in tausend Hütten des Saarlandes als kostbarstes Familiengut das Testament hinterlegt: was wir im Saarland sind und haben, soll nur zwei Erben zufallen: was unsterblich, ewig ist, gehört Gott und der Kirche. Alles andere soll ruhen in der Muttererde Germania, und heimkehren zum Vaterlande Deutschland. Das ist des Saarlandes erster und letzter Wille. Und will man uns für irdische Fahrten einen Paß ausstellen und darin nach Wahrheit und Herzensschlag des Saarkvolkes schreiben, dann kann das Signalement nur lauten: katholischer Christ und deutscher Bürger. Beides ohne Einschränkung, ohne Zweideutigkeit. So sind wir an der Saar und anders werden wir nicht sein.

Diesen Geist lebendig zu erhalten, das ist die Sendung der „Deutschen Landeszeitung“. Das stürmende Bewußtsein muß über Berg und Tal des Saargaaues wandern:

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.“

Alle Sorge gelte der Einheit vom August 1914. Das war der letzte große Herzschlag des deutschen Volkes. Da rückte alles, was deutsch hieß, fest aneinander. Die Gewissen brannten, durch die Seele hauchte derselbe heiße Wille und der gleiche deutsche Geist. Alles versank im Gefühl des gemeinsamen deutschen Schicksals. Jeder litt um des Volkes willen. Auch der Reichsverdrossene wachte auf einmal, daß er ein Stück deutsches Volk war. Nein, auch heute darf man sich seines Volkes nicht schämen. Erst recht nicht im Unglück. Verlassene, kranke Kinder sind der Mutter herzlichste Sorge. Ein deutsches Vaterland, das Fleckchen Erde, das uns gewiegt im Kindertraumland, es hat mit deutschem Wort zuerst zu uns geredet. Es hat uns das gleiche Stückchen Himmel gezeigt und in seinem heimlichsten Winkel, im Kaushen des deutschen Waldes, uns die gleichen Märchen und Sagen erzählt. Es hat uns gelehrt, nach deutschem Brauch zu leben und zu lieben mit deutschem Herzen. Das ist Stammesgemeinschaft. Zur Schicksalsgemeinschaft hat hartes Los uns zusammengebunden. Alles Deutsche gehört zu einander, wie die Buchen auf den Höhen unserer Saarheimat und die Kohlen im Schacht seiner Berge. Das ist die deutsche Treue an der Saar. Fest und widerhart wie ihre Eichen. Uns ist Vaterlandsliebe kein deutscher Nationalhaß, nicht Moral der wilden Afrikas, die in jedem Stammesfremden einen Feind sehen, der zur Vernichtung gut genug. Wir kennen keinen unfruchtbaren Chauvinismus. Das ist uns kindische Prahlerei und Lächerlichkeit. Die deutsche Not verwehrt uns die Spielerei einer Zeit, die der deutsche Dichter beklagt hat:

„Wir schreien zu viel Victoria,
Und Hurra, Kling-Klang-gloria,
Wir feiern zu viel Feste.
Einst spielten wir ein anderes Spiel:
Wir sprachen wenig — taten viel —
Und die Art ist die beste.“

Und diese Art bleibt deutsche Art der deutschesten Herzen an der Saar. Wir kennen keinen unwürdigen Servilismus, ohne Charakter, ohne Ueberzeugung; keine Kriecherei vor Macht und Erfolg. Wenn Vaterlandsliebe gleichbedeutend ist, mit so fruchtlosen Wasserhosen, dann mag man uns getrost „vaterlandslose Gesellen“ schimpfen; denn, Gott sei Dank, der Maulheld hat Recht.

Vaterlandsliebe ist uns etwas Heiliges, durch Christentum und Religion geadelte Heimatliebe, freier, selbständiger Herzen und Köpfe. Diese Liebe schenken wir dem deutschen Vaterlande. Keine Hoffnung auf Vorteile und Wohlergehen, nicht Gunst oder Ungunst der jeweiligen Macht, haben wir es wagen können, diese heilige Flamme zu erlöschen. Für unsere deutsche Treue sind Zollgrenzen, Zollschranken und rote Pässe da. Aber keine Barriere ist stark genug, um das Herz des deutschen Saarlandes vom Herzen der deutschen Mutter loszureißen. Die Liebe zur deutschen Heimat ist kein zollpflichtiger Ein- und Ausfuhrartikel.

Das wird der Geist sein, der im Neubau der Landeszeitung Gestalt gewinnt. Zünden wird er in hunderttausend Herzen des deutschen Saarlandes. Hoffnung wird er nähren auf den großen Tag der Heimkehr aus dem Exil des Völkerbundes. Wir werden unsere Pflicht tun der Heimat gegenüber in Sturm und Wetter. Blauen muß dereinst der Tag, der deutscher Treue an der Saar aus deutschen Wäldern und Blumen die schönsten Kränze windet. Die Stirnseite unseres Neubaus wird dann echte deutsche Dankbarkeit mit dem Ehrenpreis des Königs Jakob an Archibald Douglas krönen:

„Der ist in tiefster Seele treu,
Der die Heimat liebt wie Du.“

Für diesen Preis kämpfen wir, kämpft die katholische Presse, die deutsche „Landeszeitung“. Hinter uns das Saarland und seine Zukunft!

Der gleiche treudeutsche Geist weht auch in den übrigen Ausgaben der Festnummer, soweit sie sich mit der politischen Zukunft des Saargebietes befassen. Dabei wird daran erinnert, daß die Landeszeitung nicht erst in den letzten Jahren ihren deutschen Standpunkt betont hat, sondern stets eine klare deutsche Linie einnahm. So habe sie z. B. in nationaler Beziehung in ihrer ersten Nummer vom 1. 7. 1920 (Tag der Zusammenlegung der früheren „Saar-Post“ und der „Saarbrücker Volkszeitung“) den deutschen Charakter des Saargebietes mutig betont und geschrieben: „alle Beziehungen und die tausendfältigen Fäden, die uns mit unserem deutschen Vaterlande verknüpfen,“ werden gehegt und gepflegt. Deutsche Sprache, deutsche Sitte und Kultur, deutsche Kunst und Wissenschaft werden in ihren Spalten stets ein gastliches Heim finden.

Und in der Tat, was die „Saarbrücker Landes-Zeitung“ in dieser Beziehung versprochen hat, hat sie getreulich gehalten. Sie war stets eine Vorkämpferin im Kampfe um die Deutschhaltung unserer Saarheimat. Daher freuen auch wir uns aufrichtig mit denen, die es trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse kühnlich wagten, diesen wundervollen Bau zu errichten, von ganzem Herzen. Wir sind gewiß, daß in ihm stets ein vorbildlich deutscher Geist herrschen wird. In diesem Sinne ein frohes „Glück auf“ und einen treudeutschen Saargruß!

Der Bund der „Saar-Vereine“ und die Schriftleitung des „Saar-Freund“ hatten der „Saarbrücker Landes-Zeitung“ aus Anlaß der Einweihung ihres neuen Hauses das folgende Glückwunschtelegramm überliefert:

Herzlichen Glückwunsch zur Einweihung des neuen Heims. Wir erblicken in dem Neubau nicht nur ein Werk deutscher Arbeit und deutschen Geistes sondern vor allem ein Symbol für den festen Grund, auf dem das Deutschtum an der Saar ruht. Wie die „Landeszeitung“ durch ihren Kampf um das Saardeutschtum sich eine bleibende Stätte in den Herzen der Saargebetsbevölkerung geschaffen hat, so hat sie mit ihrem Neubau einen sichtbaren Mittelpunkt des Deutschtumstampfes an der Saar ausgerichtet.

Daß es bis zur hoffentlich baldigen Freiheit so bleibe, dazu herzliches „Glück auf!“

Elßaß-Lothringen, die Wetterecke Europas.

Von Josef Görden, Saarlouis.

Die hochgehenden Wogen, die Stürme der letzten Wochen in Elßaß-Lothringen, haben sich etwas gelegt. Die Erbitterung der Elßässer gegen die zentralistische Pariser Regierung hat sich aber nicht etwa gelegt, sondern nur das äußere Straßenbild; das Feuer glimmt unter der Asche stärker denn je weiter. Die staatspolitisch unklugen Maßnahmen der Disziplinarverfahren gegen die Unterzeichner des Aufrufes des Heimatbundes haben bereits Märtyrer geschaffen, und es steht zu erwarten, daß die Bewegung sich über das ganze ehemalige Reichsland erstrecken wird und von einer internationalen Bedeutung Zeugnis ablegt, die der Regierung in Paris die schwersten Kopfschmerzen bereiten wird. Das elßaß-lothringische Problem ist heute als Problem in der gesamten politischen Welt

bekannt. Es hat sich inzwischen offiziell zu einem Minderheitenproblem herauskristallisiert. Der Aufruf der Elßässer hat die Heimatfrage selbst als Minderheitenfrage bezeichnet und sie damit zu den weltpolitischen Fragen gestempelt, die dem Völkerbund noch manch bittere Stunde bereiten werden. Das sittliche Recht der Minderheit in Frankreich auf Wahrung ihrer kulturellen und religiösen Rechte, die Forderung nach Gleichberechtigung der wiedergewonnenen Brüder mit den einheimischen Franzosen wird Frankreich auf die Dauer nicht unberücksichtigt lassen können, wenn es sich in der internationalen Politik und Weltgeltung nicht seines Namens als eines fortschrittlichen europäischen Kulturstaates selbst bar machen will. Man ist heute in der Welt auf die Rufe des unterdrückten

Volk im Elsaß und Lothringen aufmerksam geworden, man hat gesehen, daß die französische Regierung nicht daran denkt, den Elsässern die Rechte zu geben, die jeder Innerfranzose besitzt. Alle Klagen in der regionalen Presse sind bisher vergebens gewesen, die seelische Not des Volkes hat die Vertreter der Pariser zentralistischen Staatsautokratie kalt lächelnd beiseite geschoben, die seit Januar in der Kammer angesagte Interpellation über die Dinge im Elsaß ist bis auf den heutigen Tag immer noch verschoben worden, bis aufs Blut wurden die „wiedergewonnenen Brüder“ gepeinigt, weil sie sich ihrer alemannischen Kulturart nicht freiwillig entäußern wollen. Die Stärke der gesamten Bewegung hat auf die Minister in Paris absolut keinen Eindruck gemacht. Systematisch wurden die Einheimischen von allen höheren Verwaltungsposten ausgeschaltet, die Eisenbahner im Elsaß, die die stattliche Zahl von 60 000 Mann ausmachen, wurden nicht allein in der Stellenbesetzung vernachlässigt, nein, sie erhalten dazu noch weniger Gehalt, als die Innerfranzosen auf den elsäß-lothringischen Bahnen. All diese Dinge schufen seelische Schwüngen, die zur Explosion geführt haben.

Die Bewegung im Elsaß ist keineswegs eine Landfremde, wie sie die französische Staatsgewalt gerne hinstellen möchte, sie ist nicht mit deutschem Gelde finanziert, sondern aus den tiefsten Tiefen der in ihrem Innersten getroffenen Volksseele heraus entstanden. Sie ist die Reaktion auf die Nichtinnehaltung der Versprechungen französischer Staatsmänner und Generale, die bei dem Einzug im Jahre 1919 die Eigenart des Volkes in Elsaß-Lothringen zu würdigen heilig versprochen haben. Statt dessen wurde die zentralistische Nivelierungswalze von Paris aus in Bewegung gesetzt, die alles zu zermalmen drohte. Aber aus dieser seelischen Befürchtung heraus kam die Explosion der Volksseele. Der Heimatbund trat offiziell auf den Plan und erließ einen flammenden Aufruf an das elsäß-lothringische Volk.

Sieben Jahre lang, so heißt es in dem Aufruf, haben wir zugehört, wie man uns Tag für Tag in unserer eigenen Heimat entrechtet hat, wie all die Versprechungen, welche man uns feierlich gegeben hat, mißachtet worden sind, wie man unsere Rasseeigenschaften und Sprache, unsere Ueberlieferungen und Gebräuche zu erdrücken suchte. Wir wissen nunmehr, daß die Assimilationsfanatiker es auf Wesen, Seele und Kultur des elsäß-lothringischen Volkes abgesehen haben, wobei sie nicht einmal vor Fragen der inneren Ueberzeugung und des Gewissens Halt machen. All dies werden wir unter keinen Umständen weiter ertragen.

Mit diesem Aufruf ist das Problem Elsaß-Lothringens als Minderheiten-Frage vor aller Welt aufgerollt. Es war ein geschickter Zug der Leitung des Heimatbundes, daß sie aus der bisher stillen Arbeit an die Öffentlichkeit getreten ist und daß die Unterzeichner des Aufrufes sich aus allen Volkskreisen zusammensehen. Der Heimatbund fordert legislative und administrative Selbstständigkeit im nationalen Rahmen Frankreichs, u. a. das, was Elsaß-Lothringen bei seinem Uebergang an Frankreich bereits unter deutscher Herrschaft besessen hat. Darob herrschte in Paris großes Entsetzen. Die Boulevardpresse blies zum Sturm auf die „Kolonie Elsaß“. Die Regierung antwortete mit heftigen Erklärungen, der Justizminister Laval, der im neunten Ministerium Briand das Ressort für Elsaß-Lothringen bearbeitet, leitet ein Disziplinarverfahren nach dem

anderen ein, mit dem Erfolg, daß sich Tag für Tag Hunderte der Heimatbewegung anschließen. Die Antwort auf dieses Vorgehen von Paris her war ein zweiter Aufruf des Heimatbundes, der der Regierung erneut den Kampf ansagte und die Einheitsfront aller Elsaß-Lothringer proklamierte. Im Unglück nun erst recht war die Antwort. Natürlich billigt die gesamte Pariser Presse mit einigen wenigen Ausnahmen dieses rigorose Vorgehen der Staatsgewalt. In Elsaß-Lothringen sind jedoch selbst die bisherigen Gegner der Autonomiebewegung aus ihrem Traum erwacht. Die Spaltung, die sich bisher bei den Radikalsozialisten noch wenig in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht hatte, trat nunmehr klar zutage. Georg Wolf stellte sich offen auf die Seite des Heimatbundes und die radikal-sozialistische „Freie Presse“ schrieb u. a. „Die autonomistische Bewegung kann nur durch ein einziges Mittel und eine einzige Methode bekämpft werden, nämlich die Erfüllung der gerechten Forderungen der elsäß-lothringischen Bevölkerung und besonders derjenigen Stände und Schichten, die am fühlbarsten unter den Folgen der Uebergangszeit gelitten haben. Alles andere ist Unsinn. Es wäre, ganz abgesehen von dem unverzeihlichen Angriff auf die persönliche Freiheit der Bürger, eine politische Dummheit allerersten Ranges, wenn man in diesem Augenblick Märtyrer schaffen wollte.“

Der „Elsässer Kurier“ schreibt: „Die politische Dummheit allerersten Ranges, der Unsinn, ist zur vollendeten Tatsache geworden. Die Pariser Regierung, die durch das Manifest des Heimatbundes kopflos geworden ist, will Märtyrer schaffen. Sie betritt die Bahnen, die die preußische Regierung gegangen ist und die zum Gegenteil von dem geführt haben, was sie erreichen wollte... Wie will der Justizminister seine Sanktionen begründen? Entweder bedeutet das Manifest ein Attentat auf die Verfassung und den französischen Staat oder nicht. Wäre ersteres der Fall, dann müßte der Justizminister sämtliche Unterzeichner des Aufrufes vor das Schwurgericht stellen. Er tut es nicht und gesteht damit, daß in dem Manifest keine hochverräterische Kundgebung zu erblicken sei. Was soll aber dann das Vorgehen gegen die Beamten und Geistlichen, die ein Manifest unterzeichnet haben, das mit der Verfassung nicht in Widerspruch steht. Seit Jahresfrist fordern die Kommunisten Frankreichs: „Nicht Autonomie im Rahmen des französischen Staatsverbandes, sondern ein von Frankreich unabhängiges Elsaß-Lothringen...“ Die Pariser Regierung hat es nie gewagt, gegen die kommunistischen Beamten ein Disziplinarverfahren einzuleiten oder sie ihrer Funktionen zu entheben. Sie geht aber gegen Beamte vor, die kein neutrales, sondern ein autonomes Elsaß-Lothringen fordern, das ein Bestandteil Frankreichs sein und bleiben will. Wenn Herr Laval die Dinge zur Katastrophe treiben will, dann mag er auf dem Wege gehen, auf den ihn seine Ratgeber gedrängt haben.“

Das ist die Sprache der offenen Rebellion, die nicht aus politischen Gründen, sondern aus kulturellen Motiven entspringen ist. Gerade der Heimatbund selbst lehnt jede politische Deutung der Bewegung ab. Es handelt sich um ein legales Vorgehen, um den Versuch, das Frankreich von heute auf der Grundlage des Föderalismus aufzubauen und der zentralistischen Staatsomnipotenz den Todesstoß zu versetzen. Es scheint fast, daß die föderalistischen Tendenzen ein Erbstück der ehemals deutschen Verwaltung ist. Die Volksrechte werden jedenfalls in einem föderativ aufgebauten Staatswesen besser gewahrt, als in einem zentralistischen Staat. Auch Deutschland ist dafür Beweis.

Aus dem Haushalt des Saargebiets.

II.

Der Haushalt für das Arbeitswesen schließt für das Rechnungsjahr 1926 ab mit einer Ausgabe von 2 389 142 Fr. (1 189 814) Fr. und einer Einnahme von 6000 Fr. (—), so daß ein Zuschuß von 2 383 142 (1 189 814) Fr. erforderlich ist. Die Gewerbeschau erfordert den Betrag von 164 716 (127 819) Fr., die neu errichtete Arbeitskammer 136 326 Fr. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 2 Mill. (1 Mill.) Fr. vorgesehen.

Der Haushalt der Sozialversicherung sieht eine Ausgabe von 7 008 643 (5 631 722) Fr. vor, denen nur 19 150 Fr. (8000) Fr. Einnahmen gegenüberstehen. Unter den Ausgaben er-

fordert das Landesversicherungsamt (eine neue Schöpfung, die anstelle des Reichsversicherungsamtes trat) 236 482 Fr. (200 816) Fr., der Zuschuß zur Wochenhilfe 2 Mill. (2 Mill.) und zur Reichsinvalidenversicherung 4 Mill. (3,2 Mill.) Fr. (Diese Beträge müßten, um annähernd an den Wert der reichsdeutschen Bezüge gebracht zu werden, mindestens vervierfacht werden.)

Der Haushalt des Hauptwohlfahrtsamtes erfordert 8 469 130 (8 392 850) Fr., derjenige des Fürsorgeerziehungswesens bei einer Ausgabe von 14 203 300 (9 551 700) Fr. und einer Einnahme von 3 916 000 (3 057 000) 10 287 300 (6 494 700) Fr. und der des Gesundheitswesens bei 667 708 (353 336) Fr. Ausgaben und 441 300 (111 000) Fr. Einnahmen 256 408 (242 336) Fr. Zuschüsse.

Der Haushalt der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sieht eine Ausgabe von 80 758 187 (40 281 574) Fr., eine Einnahme von 57 591 871 Fr. (27 022 795) Fr. und einen Zuschuß von 23 166 312 (13 258 779) Fr. vor. In der Steigerung der Ausgaben und der Einnahmen drückt sich die Entwertung des Franken in dem letzten Rechnungsjahr aus, denn die Leistungen aus der Kriegsbeschädigtenfürsorge erfolgen in Reichsmarkwert nach den Vorschriften des Reichsvorsorgengesetzes. Das Deutsche Reich trägt $\frac{1}{2}$ der gesetzlichen Leistungen, die in den Haushalt des Saargebietes als Einnahmen eingeleitet werden.

Der Haushalt der Landwirtschaft erfordert bei 897 699 (784 249) Fr. Ausgaben und 78 100 (76 900) Fr. Einnahmen einen Zuschuß von 819 599 (707 349) Fr., der der Forstverwaltung weist bei 7 723 428 (6 136 620) Fr. Ausgaben und 14 660 000 (11 580 000) Einnahmen einen Ueberschuß von 6 936 572 (5 443 380) Fr. auf. Allein die Einnahmen aus dem Holzverkauf aus den Staatswaldungen belaufen sich auf 14 Mill. (11 Mill. i. B.). Dabei ist der Verdacht naheliegend, daß zur Auffüllung der Landesfinanzen eine anormale Abholzung der Waldbestände, die der Völkerverwaltung zu treuen Händen übergeben wurden, genommen wird.

Der Haushalt der Abteilung für Handel und Gewerbe sieht bei 413 538 (248 375) Fr. Ausgabe und 200 400 (110 050) Einnahmen einen Zuschuß von 213 138 (138 325) Fr. und der des Oberbergamtes, der eine Umänderung erfährt, eine Ausgabe von 723 995 (558 986) Fr. und eine Einnahme von 77 440 (970 000) Fr. vor, so daß für das laufende Jahr ein Zuschuß von 646 555 Fr. gegenüber einem Ueberschuß von 411 012 Fr. vorgesehen ist.

Die Einnahmen des Haushalts der direkten Steuern werden mit 115 095 000 (i. B. 96 652 000) Fr. angelegt. Die Erhebungskosten auf 6 175 561 (4 255 972) Fr. Unter den Einnahmen steht der Beitrag der französischen Bergverwaltung mit 25,8 Mill. (16,8 Mill.) Franken. Die Einkommensteuer mit 41 (41) Mill.

Franken. Die indirekten Steuern werden auf 55 592 000 (47 728 000) und die Erhebungskosten auf 3 039 174 (2 391 296) Fr. angelegt. Unter diesen Steuern sind die Biersteuer mit 10 940 000 (7 500 000) Fr., die Branntweinsteuer mit 11 720 000 (10 000 000) Fr., die Tabaksteuer mit 15 260 000 (9 000 000) Fr. und die Stempelsteuer mit 8 (7) Mill. Fr. veranschlagt.

Die Katasterverwaltung erfordert bei einer Ausgabe von 1 925 900 (1 497 139) Fr. und einer Einnahme von 610 000 (430 000) Fr. einen Zuschuß von 1 315 900 (1 067 139) Fr. Die Kassenverwaltung sieht an Ausgaben 590 435 (497 998) Fr., an Einnahmen 421 100 (352 300) Fr., so daß noch 169 335 (115 698) Fr. zu decken sind.

Der Haushalt der Zölle sieht eine Einnahme von 49 200 000 (17 000 000) Fr. bei einer Ausgabe von 122 500 (1 050 000) Fr. vor.

Die allgemeine Finanzverwaltung sieht bei einer Einnahme von 47 867 336 (3 004 000) Fr. und einer Ausgabe von 70 024 189 (14 643 064) Fr. einen Zuschuß von 22 156 853 (11 639 064) Fr. vor. Unter den Einnahmen sind 43 767 336 (i. B. nichts) rechnungsmäßige Ueberschüsse aus dem Vorjahr, 90 000 (3000) Gewinnanteil aus der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie vorgesehen. Von den Ausgaben entfallen auf den Fonds für die Ansprüche der Beamten auf Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung 40,3 (12) Mill. Fr., Bedarf für Erhöhungen der Besoldungen, Vergütungen und Erhöhung der Löhne 20 Mill. Fr.

Der Haushalt der Eisenbahnen bedarf bei einer Ausgabe von 273 520 000 (264 142 000) und einer Einnahme von 264 142 000 (222 616 400) Fr. einen Zuschuß von 9 378 300 (14 251 500) Fr.

Der Haushalt der Post- und Telegraphenverwaltung schließt bei einer Ausgabe von 40 286 760 (30 607 000) Fr. und einer Einnahme von 37 396 400 (26 870 800) Fr. mit einem Fehlbetrag von 2 890 360 (3 736 200) Fr. ab.

Noch eine Sängerschaft durch deutsches Land.

Neben dem Männergesangsverein Saarbrücken und dem Männergesangsverein „Liederkranz“ unternahm Mitte Juni auch der Postgesangsverein Saarbrücken eine Sängerschaft durch deutsches Heimatland. Etwa 80 aktive Sänger des Vereins strebten zunächst Koblenz zu, um hier Proben ihrer Sangeskunst zu geben. Ueber das Konzert in der Städtischen Festhalle, das unter der Leitung von R. Kobermann stand, schrieb der „Koblenzer Generalanzeiger“ folgendes:

„Der Post-Gesangsverein Saarbrücken fand am vergangenen Samstag in der Festhalle eine ansehnliche Zuhörerschaft vor. Selbst die Flucht aus geschlossenen Räumen, die in den sommerlichen Monaten die Bevölkerung am Rhein ergreift, hat bei den Sängern von der Saar nicht standzuhalten vermocht gegen das Gefühl völkischer Schicksalsverbundenheit. Wie über alle Schranken, die der Diktaturvertrag von Versailles zwischen uns und unseren Brüdern von der Saar errichtet hat, hinweg nach sieben Jahren das Herz noch im alten völkischen Rhythmus schlägt, wie der alte Sinn des Saarländers, der in des Lebens schwerer Not hofft und nicht verzagt, auch heute noch lebt, das hat der Post-Gesangsverein Saarbrücken in seinem Programm prächtig zum Ausdruck gebracht. Alte deutsche Volksliedweisen, Schuberts Lied vom Lindendbaum, Baumbachs „Horch auf, du träumender Tannenfort“, Adolf Holsts „Heimat“ und Hoffmann v. Fallersleben „Nur die Hoffnung festhalten“ befestigen um Sänger und Hörer das Band gleicher Gefühle, das der eiserne Schwur des Saarloches zu Anfang schlang. Aber abgesehen von der völkisch-poetischen Seite des Abends bot der Verein auch künstlerisch außerordentlich Schönes und Vollendetes. Das gut ausgeglichene, klarschöne Stimmmaterial zeigt in der elastischen, dynamischen Führung eine fleißige Vorschule. In der vollen, einheitlichen Klangbildung offenbaren die Sänger ebenso tiefes musikalisches Empfinden wie im Ausdruck künstlerisches Gefühl. Die Solistin, Fräulein Mathilde Petri, fand mit ihren Liedern von Brahms, Schubert, Schumann und Beethoven, von Fräulein Christine Petri am Flügel, präzise und sauber, doch etwas jart, begleitet, reichen Beifall, der die Sängerin zu einer Zugabe veranlaßte. — Die lebhaften Beifallsbezeugungen, die dem Chor nach jedem Lied, insbesondere nach dem mustenhaften Vortrag von „Wach auf, meine Herzensschöne“, und „Dich will ich singen“ gesendet wurden, steigerten sich am Schlusse des Konzerts zu einer begeisterten Kundgebung.“

Die Koblenzer Postbeamtenverbände veranstalteten zu Ehren der Saarbrücker Sänger eine Begrüßungsfeier, an welcher unter anderem auch der Präsident der Oberpostdirektion, Martini, der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, Dr. Kussel, Regierungsrat Weyhe als Vertreter des Regierungspräsidenten und viele

andere teilnahmen. In seiner Begrüßungsansprache wies Postinspektor Eichler darauf hin, daß die Saarländer ebenso wie die Rheinländer sich geschlossen gegen alle Abtrennungsbestrebungen stellten und fest bleiben im Glauben an die deutsche Kraft. Es gelte der Welt zu zeigen, daß deutscher Geist und deutsche Kultur sich nicht vernichten lassen, daß „Deutsch die Saar — immerdar!“ In einer Begrüßungsansprache des Präsidenten der Oberpostdirektion Martini betonte dieser die beachtenswerten Leistungen der Saarbrücker Kollegen und forderte sie auf, weiter das deutsche Lied zu pflegen, damit ihr Motto: „Brüder, das ist des Saarloches Schwur“ sich verwirkliche. Oberbürgermeister Dr. Kussel hieß die Saarländer im Namen der Stadt willkommen. Saar, Mosel und Rhein gehörten einer Familie an und so müsse es bleiben.

Der folgende Sonntag war Besichtigungen gewidmet. Von Koblenz fuhren die Saarländer nach Darmstadt, wo sie von den Vertretern der Beamtenorganisationen und dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Darmstadt des Bundes der Saarvereine begrüßt wurden. Abends fand im Städtischen Saalbau ein Konzert statt, über das Dr. Noack im „Darmstädter Tageblatt“ und in dem „Hessischen Tageblatt“ folgendes schrieb:

Der Verein verfügt über vorzügliches Stimmmaterial, das ausgiebig vom ersten Tenor bis zweiten Bass, sich der Leitung seines Dirigenten, R. Kobermann, ausgezeichnet anheimelt. Dieser, obwohl nicht Berufsmusiker, wie wir hörten, verfügt über eine nicht alltägliche Technik in der Ausarbeitung der Lieder und versteht es nicht nur, trefflich die Stimmführung des Vereins zu fördern und eine fein geschliffene, tonreine Wiedergabe zu gewährleisten, sondern er ist geradezu ein Virtuos in bezug auf die dynamische Abstimmung. Bei den Volksliedern schien er uns hierin sogar eher etwas zu viel zu geben, besonders wenn wir an dem Konzert messen, das kürzlich die „Liedertafel“ unter Grim ganz dem Volkslied widmete. Hier scheint uns größere Schlichtheit Gebot. Vor allem aber fiel es auf, das beim Vortrag der Volkslieder meistens die Zeilen und Strophen zu stark voneinander durch Pausen getrennt wurden, so daß der Melodiefluß und Zusammenhang etwas beeinträchtigt wurde. Solche Ausstellungen zu machen, hat man oft Gelegenheit, wenn schlicht Volkstümliches zum konzerthaften Vortrag vorbereitet wird. Auch so starken rhythmischen Freiheiten, wie bei Schubert-Eichers „Am Brunnen vor dem Tore“ möchten wir nicht das Wort reden. „Hoho, du stolzes Mädel“ wurde in seinen ersten beiden letzten Strophen etwas verschleppt. Sonst aber war es eine Freude, den prächtigen Leistungen zu lauschen, von denen das „Ständchen“ von Neubauer und „In der Nacht“ von Hegar den stärksten Eindruck hinterließen.

Im zweiten Teil erprobten Chor und Dirigent ihr ausgezeichnetes Können an schwierigeren Aufgaben. Heimat und Vaterlandsiebe bildeten den Grundton, auf den die Lieder abgestimmt waren. Reicher, am Schluß geradezu enthusiastischer Beifall dankte dem Dirigenten und dem Chor, die dann in ergreifender Weise die Saarhymne „O Heimat, mein Saarland, du kerndeutsches Land“ zum Vortrag brachten, wie sie den Abend mit dem Sängerspruch des Saar-Gaues des Deutschen Sängerbundes begonnen hatten.

Zwischen den Chören sang Fräulein Mathilde Petri, eine sympathische junge Sängerin aus Saarbrücken, deren klare, weiche Sopranstimme recht gute Schulung aufwies, wenn auch noch nicht in allen Lagen völliger Ausgleich erzielt ist.

An das Konzert reihte sich eine Begrüßungsfeier an, in der die wertvollen Gäste von der hiesigen Postbehörde, vom hessischen Landesbildungsamt, dem hessischen Sängerbund und den Darmstädter Männergesangsvereinen aufs herzlichste bewillkommen wurden. Möge die enge Verbindung deutscher Volksgemeinschaft zwischen uns und den augenblicklich durch gewalttätige Schranken von uns getrennten Saarländern durch solche Kunstreisen immer mehr gefestigt werden und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stets so fest bleiben, wie es bei dem geselligen Beisammensein mit Tanz war, das sich dem Konzert und der Begrüßungsfeier anschloß.

Die anschließende Begrüßungsfeier wurde durch den Bezirksvorsitzenden eröffnet. Er hieß den Vertreter der hessischen Regierung, den Präsidenten der Ober-Postdirektion Darmstadt, den Vertreter des hessischen Sängerbundes, Bezirk Darmstadt und die Vertreter der Beamten-Organisationen herzlich willkommen. Die im Laufe des Abends gehaltenen Reden drückten in wärmsten Worten die enge Verbundenheit des Saargebietes mit dem deutschen Vaterlande aus, und dankten den Saar-Sängern für ihren Besuch und die köstlichen Liebergaben. Der Vorsitzende des V.-G.-B. Saarbrücken erwiderte in bewegten Worten und dankte im Namen aller Sänger für die herzliche Aufnahme. Bei einem gemüthlichen Beisammensein mit der Darmstädter Bevölkerung wurden noch einige recht angenehme Stunden verbracht. Der Montag vormittag führte die Sänger in zwei Krankenhäuser, um auch den Kranken einige Lieder zu Gehör zu bringen. Zahlreiche Kollegen und Landsleute ließen es sich nicht nehmen, auf dem Bahnhofe zu erscheinen. Nach herzlichen Dankesworten mußte Abschied genommen werden. Bande herzlicher Freundschaft wurden überall zurückgelassen und überall galt der Abschiedsgruß der bestimmten Hoffnung auf ein Wiedersehen!

Neunkirchener Kinder in Berlin.

Seit einer Reihe von Jahren werden erholungsbedürftige saarländische Kinder minderbemittelter Eltern in ländlichen Gegenden Deutschlands, wo ein gewisser Wohlstand herrscht, eine Zeitlang zu körperlicher Kräftigung untergebracht. Die Einrichtung erwies sich als segensreich. Bisher waren es hauptsächlich die preussischen Provinzen Westfalen, Hannover und Pommern, dann aber auch Bayern, welche die Kinder aufnahmen. In diesem Jahre wurde zum ersten Male der Versuch mit Westpreußen unternommen. Am 22. Juni reisten die ersten 30 Kinder aus Neunkirchen/Saar in den östlich vom polnischen Korridor gelegenen Teil Westpreußens. Die Fahrt ging über Berlin, wo ein Tag Rast gemacht wurde, um den Kindern einen „kleinen“ Begriff von der Größe und Schönheit der deutschen Reichshauptstadt zu vermitteln. Um das möglich zu machen, hatte sich der Führer des Kindertransports an den Vorsitzenden des Saarvereins, Verwaltungsdirektor Theo. Vogel, gewandt, uns hierzu behilflich zu sein. Postwendend lief die Zustimmung der erbetteten Unterstützung ein. Und nicht nur das: der Saarverein bot uns in seiner großen Liebe zur Heimat freigiebiger Weise auch Unterkunft und Verpflegung für die Kinder an. Die Freude war bei den Kindern und Begleitern groß, die Erwartungen hochgespannt. Sie sollten jedoch noch weit übertroffen werden. Obwohl die Zeit zur Vorbereitung unseres Aufenthaltes in Berlin sehr knapp bemessen war, weil wir zwei Tage früher als ursprünglich beabsichtigt, in Berlin eintrafen, fanden wir bei unserer Ankunft alles aufs schönste und praktischste organisiert:

Die Unterkunft für die Nacht, die Verpflegung und das Programm des folgenden Tages. Die Kinder kamen aus dem Staunen, der Verwunderung, Begeisterung und Freude über all das, was ihnen an geistigen und leiblichen Genüssen geboten wurde, nicht heraus.

Und das alles haben wir dem Saarverein zu verdanken, dem rührigen Verein, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Beziehungen seiner Mitglieder zur Saarheimat lebendig zu erhalten und das ganze deutsche Volk auf die enge geschichtliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammengehörigkeit des Saargebietes mit dem deutschen Vaterlande und seine Bedeutung für dasselbe immer wieder aufmerksam zu machen, das Interesse für den unter der Fremdherrschaft leidenden Volksteil wachzurufen und

zu erhalten. Dem Geschäftsführer, Herrn Theo. Vogel, gebührt unser allerherzlichster Dank, weil er: den Anstoß zu unserer so überaus freundlichen Aufnahme gegeben hat. Ihm stand zur Durchführung des Berliner Programms seine lebenswürdige Gemahlin, sowie Landtagsabgeordneter Ommert unermüdlich zur Seite. Es war rührend, mit welchem Eifer und in welcher lebenswürdiger und hingebender Weise Frau Direktor Vogel sich der kleinen Gäste annahm und wie Herr Ommert, der nimmermüde Verfechter der deutschen Saarinteressen für die gründliche Durchführung des Programms für den Aufenthalt der „Neunkircher Kinder“ sorgte. Dieses lautete: „9 1/2 Uhr: Treffpunkt auf Bahnhof „Zoo. Garten“; 1 Uhr Abfahrt mit Abtag, Gesellschaftsauto, vom Zoo. Garten zum Restaurant Dessauer Garten, daselbst Einnahme des Mittagmahles; von 1 1/2 bis 3 Uhr: Ruhepause, von 3 bis 6 Uhr: Rundfahrt durch Berlin, endigend am Rollendorfsplatz vor dem Ufa-Kino „Mozartsaal“. 6 1/2 bis 6 3/4 Uhr: Einnahme einer Erfrischung; 7 bis 9 Uhr: Besuch des Ufa-Kinos Mozartsaal; 9 Uhr: Abmarsch zum Bahnhof Zoo, zur Weiterfahrt nach Marienburg.“

Eine herzerquickende und sinnige Ueberraschung wurde uns durch den Direktor des Ufa-Kinos zuteil:

Während wir in einem für uns abgesonderten prachtvollen Restaurationsraum des Ufa-Kinos die Erfrischungen einnahmen, spielte das Orchester des Mozartsaales freundliche und liebevolle Weisen. Wie heimlich fühlten wir uns alle in dem ungeheuren Säulenhain und Menschengewühl der Hauptstadt, wo sich solche Frauen und Männer um uns in Liebe und Anhänglichkeit sorgten und mühten. Alle haben wir darum auch in unsere Herzen geschlossen und das dürfte für sie der schönste und wertvollste Dank sein, den wir für ihre Liebe zu geben imstande sind, es sei denn noch das Gelübde, stets treu zur Fahne unseres gemeinsamen Vaterlandes zu halten und dereinst, wenn die Schicksalsstunde für unsere Saarheimat im Jahre 1935 schlägt, in ihrem Sinne von unserem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Diese uns von dem Saarverein erwiesene Liebe wird gute Früchte bringen. Wer Liebe sät, wird Liebe ernten.

„Vivat, crescat, floreat“ lieber Saarverein!

F a u s t.

Kleine politische Umschau.

Die politische Lage im Saargebiet.

Ueber die politische Lage im Saargebiet machte die „Saarbrücker Landeszeitung“ brachtenswerte Ausführungen. Sie schrieb u. a.:

Zarismus und Völkerbund sind zwar hochpolitische Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen sollten. Im Saargebiet jedoch haben beide nach dem eigenen Urteil von Asquith engste Berührungspunkte, denn es herrscht auch bis heute noch die edelste Blüte der Demokratie, der Genfer Völkerbund, nach der absolutistischsten Art und Weise des Zaren. Die Saarbevölkerung und ihre politische Vertretung haben noch immer nichts zu sagen und keine andere Verantwortlichkeit als reichliche Steuerzahlung. Das ganze System des gemilderten zivilen Belagerungszustandes, das unter der verflochtenen Aera Rault seine Hochblüte erlebte — Notverordnung! — hat sich als ein völliger Fehlschlag der französischen Politik erwiesen. Auch in der neuen Regierungskommission, die nach dem Weggang Raults unter der Präsidentschaft des Kanadiers Stephens steht, ist der französische Einfluß noch ungebrochen. Es hat den Anschein, als sei dieser Einfluß noch stärker geworden. Das französische Mitglied Maurice hat mit der ihm neu übertragenen Verwaltung der Finanzen und Steuern das saarländische Wirtschaftsleben ziemlich restlos in der Hand. Daß Maurice dem französischen Staat — der im Saargebiet bekanntlich unerhörte Steuervergünstigungen auf Kosten der Bevölkerung genießt — nicht wehe tun wird, dagegen die saarländischen Steuerzahler kräftig anpaßt, liegt auf der Hand. Auch die Hoffnung der Bevölkerung, daß wenigstens der Posten des Generalsekretariats mit einem Deutschen besetzt werden würde, ist enttäuscht worden. In dem französischen Beamtentum, der alle höheren, gutbezahlten Posten in der Zentralverwaltung besetzt hält, hat sich nach Raults Abgang nicht das mindeste geändert. Von der neuen Regierung, deren Mehrheit sich in ihrer Denkschrift an den Völkerbund über die Truppenfrage kürzlich so offen über den ausgesprochenen Willen des Völkerbundes und über den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages hinweg und mit einem früheren Beschluß der Regierungskommission in offenen Widerspruch setzte, nur um den Wünschen Frankreichs Genüge zu tun — vertragswidrige Etablierung von 2000 Mann fremder Truppen zum „Schutze“ der Saarbevölkerung — hat das Saargebiet nichts Günstiges zu erwarten.

Für den Zustand der politischen Moral der Nachkriegszeit ist es bezeichnend und entbehrt nicht eines pikanten Bei-

geschmacks, daß es allein der Deutsche in der Regierungskommission gewesen ist, der sich für die strikte Einhaltung völkerrechtlicher Verträge nach ihrem Geist und Wortlaut eingesetzt hat.

Zur Volksabstimmung, die bekanntlich im Jahre 1935 stattfinden soll, bemerkt das Blatt unter Hinweis auf den glänzenden Verlauf der Jahrtausendfeier: Angesichts des ohnehin feststehenden endgültigen Ausganges kann man irgendeinen vernünftigen politischen Zweck des ganzen Kleinkampfes im Saargebiet nicht erkennen. Wirtschaftliche Ziele können die Gegenseite besser und billiger erreichen. Die Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes bis zum Jahre 1935 bedeutet eine ernste Gefahr sowohl für den Völkerbund als auch für den europäischen Frieden. Das Saargebiet wächst je länger je mehr sich zu einem Debetposten des Völkerbundes aus, der eines Tages zu einem völligen Bankerott führen muß. Diese Bankrotterklärung wird spätestens erfolgen, wenn am Tage der Abstimmung sich keine Hand für den Fortbestand des Völkerbundesregiments an der Saar rühren wird. Ein schwererer Schlag für das Ansehen des Völkerbundes ist kaum denkbar, als wenn eine Bevölkerung, die ein halbes Menschenalter seine „Segnungen“ genossen hat, bei der Befragung erklärt, daß sie keine Stunde davon länger etwas wissen möchte. Es wäre daher zweifellos für die Beteiligten das Beste, wenn sich Deutschland und Frankreich zur Beratung der Saarfrage alsbald an einen Tisch setzen würden. Solange diese Frage nicht geregelt ist, bleibt Locarno auch im Westen noch ein Torso, denn vernünftigerweise kann man nicht eine Grenze garantieren, die überhaupt noch nicht feststeht.

*

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ hat anlässlich der Eröffnung ihres neuen Hauses eine 104 Seiten starke Festnummer herausgegeben, die besondere Beachtung verdient. In aktuellen Abhandlungen gibt sie ein Bild des gesamten Geistes- und Wirtschaftslebens in dem vorübergehend von Deutschland abgetrennten Saargebiet.

Die französische Soldateska wütet weiter.

Die französische Saarbefatzung, die noch immer vertragswidrig das Saargebiet besetzt hält, hat zwei neue Blutopfer gebracht. Hierüber wurden der „Saarbrücker Zeitung“ folgende Einzelheiten mitgeteilt:

In einer Wirtshaus der Breitestraße entstand zwischen zwei französischen Sergeanten, die mit einem Schuhmann in Uniform dort saßen und mehreren Zivilisten eine kleine Wortgeplänkel, das sich später auf der Straße fortsetzte. Die Zivilisten machten vor allem Bemerkungen darüber, daß der Polizeiwachmeister mit den Soldaten zusammenfaß und Arm in Arm mit ihnen das Lokal verließ. Es ist zuzugeben, daß das freundschaftliche Beieinander des Wachmeisters mit den Sergeanten eine eigene Angelegenheit dieser Leute war und dritte Personen nichts anzugehen hatte, nichtsdestoweniger wird uns versichert, daß die lediglich an die Adresse des Schuhmanns gerichteten Bemerkungen harmloser Natur gewesen seien. Als der Wachmeister auf die Zivilisten mit der Bemerkung losging: „Was wollt ihr?“ zog der eine der Sergeanten seine Pistole und verletzte den zunächststehenden der Zivilisten durch drei Schüsse in Oberarm, Schulter und Arm so schwer, daß der Niedergeschossene an den Verletzungen gestern verstorben ist. Die Augenzeugen berichten, daß der Wachmeister die gefährlichsten Schüsse hätte verhindern können, er habe es aber vorgezogen, schleunigst die Flucht zu ergreifen! Die beiden Franzosen wurden von der erregten Menge angegriffen und mißhandelt. Es ist klar, daß der bedauerliche Zwischenfall unmöglich gewesen wäre, wenn man der Forderung der Bevölkerung auf Abzug des Militärs schon vor Jahr und Tag stattgegeben hätte. Wie ist es überhaupt möglich, daß Militärpersonen mit geladener Schusswaffe in den Straßen der Stadt herumlaufen? Eine strenge Bestrafung der Schuldigen darf wohl erwartet werden. Notwehr kommt nach unseren genauen Erkundigungen auf keinen Fall in Frage.

Ferner wird dem genannten Blatt noch ein zweiter Fall mitgeteilt, in dem die Schusswaffe eines Soldaten eine bedauerliche Rolle spielte: „Vor 14 Tagen fragte ein Arbeiter von hier den Posten, auf dem Kleinen Exerzierplatz, ob das Patronenfammeln gestattet sei. Als der Arbeiter auf die bejahende Antwort hin mit dem Sammeln beginnen wollte, brachte ihm der Posten durch einen Schuß in den Rücken eine lebensgefährliche Verletzung bei. Der Einwand, daß der Arbeiter mit einer Eisenstange auf den Posten losgegangen sei, ist deshalb unglaubwürdig, weil das Geschloß in den Rücken des Verletzten eingedrungen ist. Auch hier darf eine strenge Untersuchung und Bestrafung erwartet werden. Wir fragen aber wiederholt: Wie lange noch?“

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß in all diesen Fällen irgend eine Bestrafung erfolgte. Läge bei den Kommandanten der Befatzung die Absicht und der Wille vor, den fortgesetzten Übergriffen und Bluttaten der französischen Soldaten

Einhalt zu tun, dann genügte ein eindeutiger Befehl. Dieser ist bisher nicht erlassen. Wohl aber liegt begründeter Verdacht vor, daß für die französische Saarbefatzung ein Befehl besteht, gegenüber der Saargebietsbevölkerung vorkommendenfalls energisch von der Waffe Gebrauch zu machen. Aber nicht der schriftliche Befehl allein ist das Wichtige, sondern die mündlichen Erklärungen, die auf höhere Weisung den Soldaten hierzu wiederholt bei Appellen gegeben werden. Der Erfolg dieser Erklärungen sind die zunehmenden Bluttaten der französischen Soldateska und das Ausbleiben jeglicher Strafverfolgung nach vollbrachter Heldentat.

Erwünscht wäre es übrigens, wenn der Polizeiwachmeister, der mit den französischen Rowdys Arm in Arm über die Straße zog, namentlich festgestellt würde, damit er für die Zeit nach der Abstimmung eine entsprechende Berücksichtigung findet.

Die Werbestellen für die französische Fremdenlegion bleiben unbesetzt.

Trotz der regierungsamtlich aufgestellten Behauptung, daß es im Saargebiet keine Werbebureaus für die französische Fremdenlegion gäbe, beweisen die Tatsachen das Gegenteil. So berichtet neuerdings die „Saar-Zeitung“ in Saarlouis:

„Seit vergangener Woche war ein junger Mann von 24 Jahren namens Drum, gebürtig aus Badgassen, verschwunden. Von seiner Arbeitsstelle in Böllingen (Röhlingswerke) hatte er sich mit einem Kollegen auf einige Minuten entfernt und kehrte nicht mehr zurück. Nun traf dieser Tage eine Nachricht von ihm an seine Schwester in Bous ein, bei der er längere Zeit wohnte, worin er mitteilt, daß er einem Werber für die französische Fremdenlegion in die Finger gefallen sei und mit ihm ein junger Mann von 20 Jahren, einziger Ernährer seiner Mutter aus Rehligen, namens Adams. Sie seien, nachdem sie gezecht hatten, in einem Auto nach Saarbrücken geknallt worden, wo sie einen Vertrag auf 5 Jahre Dienstzeit in der französischen Fremdenlegion unterschreiben mußten. Von da seien sie dann weiter nach Metz befördert worden, von wo er auch das Schreiben an seine Schwester in Bous richtete. Er bat sie, seine Kleider im Schlafhaus in Böllingen abholen zu lassen.“

Gibt es denn wirklich keine Mittel, um diesem französischen Menschenraub endlich mal ein Ende zu machen? In Genf hat man zwar eine Sonderkommission gegen den Sklavenhandel, in der auch die Franzosen das große Wort führen, aber gegen den französischen Menschenraub geschieht nichts!

Französische Schwindelfirmen auf dem Dummenfang.

In der „Neunkirchner Zeitung“ fand sich vor einigen Wochen folgende Notiz: „Vor einiger Zeit war im Anzeigenteil der meisten saarländischen Zeitungen ein verlockendes Angebot einer französischen Firma zu lesen, das folgenden Wortlaut hatte: „Tafel-Gerät zu Frs. 18.—. Ich verlende 4 Tischtücher, 36 Servietten, sowie 6 Messer garantiert Stahl, das Ganze gegen Nachnahme von 18 Frs. Man schreibe an Trillat, 5, Rue de la Palud, Marseille (Frankreich)“. Leider haben auch wir dem Angebot in Unkenntnis des unrealen Geschäftsgebahrens dieser fragwürdigen Firma, Aufnahme gewährt. Nunmehr hatten wir in den letzten Tagen Gelegenheit, festzustellen, daß es sich um eine bewußte Irreführung, also ein regelrechtes Schwindelmanöver irgend eines geschäftstüchtigen Franzosen handelt. Die famose „Firma“ versendet gegen Nachnahme von 19 Frs. (nicht wie angekündigt 18 Frs.) 4 Bogen besseres — Zeitungspapier, etwas geprägt, als 4 „Tischtücher“, 30 kleine Bogen Seidenpapier als 36 „Servietten“, und endlich noch 6 Küchenmesser gewöhnlicher Sorte, wie sie in einer solch minderwertigen Qualität in den Neunkirchner Geschäften kaum zu kaufen sind. Unter Zugrundelegung der Verkaufspreise in den hiesigen Geschäften, ergibt sich folgende Berechnung des tatsächlichen Wertes, der in keinem Verhältnis zu dem nachgenommenen Betrage steht.

30 „Servietten“ zu 5 Cts.	Frs. 1,50
4 „Tischtücher“ zu 25 Cts.	Frs. 1,—
6 „Küchenmesser“ zu 1,10 Frs. . . .	Frs. 6,60

Frs. 9,10

Man hat nichts davon vernommen, daß gegen diese Schwindelfirma etwas unternommen worden wäre. Wäre diese Schwindelei von einem Gauner in Deutschland ausgegangen, dann wäre doch die Möglichkeit gewesen, diesem in kürzester Frist das Handwerk zu legen. Wo aber dieser Gauner in Frankreich sitzt, die Opfer im Saargebiet, wer sollte da das Recht der Saardeutschen wahren? Die Saarregierung bestimmt nicht. Andererseits ist den betrogenen Leichtgläubigen der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie mit gar zu wenig Ueberlegung gehandelt haben, wenn sie glauben können, für 18 Frs. könnte man in Frankreich reellerweise ein brauchbares Tafelgerät erhalten.

Kleine Tageschronik.

Goethe in Saarbrücken!

Im Jahre 1770 war der Dichter Goethe in Straßburg als Student. Das war am 23. Juni 1770, als er die Stadt mit zwei Freunden verließ, um eine Tour nach der Saarstadt Saarbrücken zu unternehmen.

Nach dreitägiger Reise zu Pferde gelangte Goethe nebst Genossen in der kleinen Saarresidenz an und stieg beim Präsidenten von Gröndorode ab. Stadt und Land des durchschrittenen Gebietes machten auf den Dichter großen Eindruck. Er besichtigte die Sensenschmiede, den Drahtzug bei Saarbrücken, das Alaunwerk, die Steinkohlengruben bei Dudweiler sowie den „brennenden Berg“ dortselbst. Ueber letzteren äußerte er sich: „In eine Klamme traten wir ein und befanden uns in der Region des brennenden Berges. Ein starker Schwefelgeruch umlagerte uns; die eine Seite der Höhle war nahezu glühend, mit rötlichem, weißgebranntem Stein bedeckt. Ein dicker Dampf stieg aus den Klüften hervor, und man fühlte die Hitze des Bodens auch durch die starken Sohlen. Ein so zufälliges Ereignis — denn man weiß nicht, wie diese Strecke sich entzündete — gewährte der Alaunfabrikation den großen Vorteil, daß die Schiefer, woraus die Oberfläche des Berges besteht, vollkommen geröstet daliegen und nur kurz und gut ausgelaugt werden dürfen. Die ganze Klamme war entstanden, daß man nach und nach die kalzinirten Schiefer abgeräumt und verbraucht hatte. Wir kletterten aus dieser Tiefe hervor und waren auf dem Gipfel des Berges. Ein anmutiger Buchenwald umgab den Platz, der auf die Höhle folgte und sich ihr zu beiden Seiten verbreitete. Mehrere Bäume standen schon verdorrt, andere welkten in der Nähe von anderen, die noch ganz frisch, jene Glut nicht ahnten, welche sich auch ihren Wurzeln bedrohend näherte. An dem Wege dampften verschiedene Oeffnungen, andere hatten schon ausgeraucht, und so glomm dieses Feuer bereits 10 Jahre durch alte, verbrochene Stollen und Schächte, mit welchen der Berg unterminiert ist. Er mag sich auch auf Klüften durch frische Kohlenlager durchziehen; denn einige hundert Schritte weiter in den Wald gedachte man bedeutende Merkmale von ergiebigen Steinkohlen zu verfolgen; man war aber nicht weit gelangt, als ein starker Dampf den Arbeitern entgegenrang und sie vertrieb. Die Oeffnung war wieder zugeworfen, allein wir fanden die Stelle noch rauchend.“

Von Dudweiler eilte Goethe nach der Friedrichsthaler Gasölite. Großes Interesse zeigte der junge Student für ein nächtliches Feuerwerk, welches die Eßen der Neunkirchner Hütte hervorriefen. Die Rückreise ging von Neunkirchen über Zweibrücken, Hagenau-Straßburg.

Zur Erinnerung an den Besuch von Goethe wurde an der Rückwand der alten Schloßmauer zu Saarbrücken eine Marmortafel angebracht mit der Inschrift: „Hier weilte Goethe 1770.“ Die Saarbrücker Stadtverwaltung ließ dieses Jahr eine sogenannte Goetheanlage herrichten. Hierdurch wurde der Platz in einen würdigen Zustand versetzt.

+

Der Vaterländische Frauen-Verein vom Roten Kreuz Saarbrücken-Land hat in Daun in der Eifel ein Erholungsheim errichtet, das am 26. Juni eingeweiht worden ist. In dem Heim finden alle zwei bis vier Wochen abwechselnd 20 berufstätige Mädchen und erholungsbedürftige Arbeitsfrauen für ein geringes Entgelt Ruhe und Erholung. Das Heim, das den Namen „Haus Friede“ führt, ist vom Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Saarbrücken-Land, aus eigener Kraft in kürzester Zeit errichtet worden, wobei sich Frau Helene von Wopelius um die Beschaffung der Mittel besonders verdient gemacht hat. Umgeben von Bergen und Wäldern liegt das Heim gegenüber dem Städtchen Daun, unter dem Gipfel einer der höchsten Erhebungen. In einer Begrüßungsansprache gelegentlich der Einweihung stattete Frau von Wopelius den Dank an alle ab, die irgendwie zum Gelingen des sozialen Wertes beigetragen haben. Bürgermeister Mingens (Daun) überbrachte die Wünsche der Dauner Bevölkerung mit der Hoffnung, daß das Band der Freundschaft zwischen dem Saargebiet und der Eifelstadt Daun sich als unzerreißbar erweisen möge. Für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz überbrachte Dr. Sassen den Glückwunsch der Regierung, während der Landrat von Daun den Willkommen des Kreises aussprach.

Dem Luther-Forscher Pastor Sartorius ist es gelungen, die weitverzweigte Nachkommenschaft des Reformators Dr. Martin Luther in 600 Lebenden festzustellen. Im Rheinland gibt es ein gutes Duzend Orte, in denen Blutsverwandte Luthers geboren, getraut oder gestorben sind, gelebt haben oder noch leben. Unter diesen Orten befindet sich auch Saarbrücken.

Saarbrücken. Der Kreiskriegerverband hielt am ersten Juli-Sonntag in Saarbrücken seine zweite Delegiertentagung ab. Von dem dem Verbands angeschlossenen 62 Vereinen hatten fast alle Vertreter entsandt. Nach der Aufnahme des Kavallerievereins Malsstadt-Burbach und des Vereins ehemaliger Pioniere gehören dem Verband über 10 000 Mitglieder an. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Nach eingehendem Bericht beschloß man die Gründung einer Sterbekasse, die spätestens am 1. August in Kraft treten soll. Der für August dieses Jahres geplante Kreiskrieger-Verbandstag soll mit Rücksicht auf die wirtschaftlich schlechten Zeiten ausfallen und die gesparten Gelder sozialen Maßnahmen nutzbar gemacht werden. Unter Verschiedenes erfolgte noch eine rege Aussprache über mehrere schwebende Fragen. Mit großer Unruhe wurde die Andeutung aufgenommen, daß man sich bei einer Behörde die Aufgäbe stellt, Beamte, die sich im Vorstande des Kreiskriegerverbandes betätigten, in die Enge zu treiben. Der Vorstand wurde einstimmig ermächtigt, die erforderlichen scheinenden Maßnahmen zum Schutze der Mitglieder zu treffen. Dr. Wenderoth erklärte am Schluß der Tagung, daß das erste Ziel des Verbandes ohne Rücksicht auf parteipolitische Einstellungen die Pflege vaterländischer Gesinnung sei. Ferner soll die Arbeit des Verbandes Werken guter Kameradschaft, der Schaffung von sozialen und Wohlfahrts-einrichtungen, sowie der Ehrung gefallener und gestorbener Kameraden gelten.

Die Verlegung des Bahnhofs im Stadtteil Burbach ist, nachdem sie schon vor dem Kriege projektiert war, neuerdings in einem Kreis von Interessenten wieder erneut erörtert worden. In Umlauf gesehte Listen, durch die Unterschriften für eine entsprechende Eingabe gesammelt werden sollen, sind bereits von mehreren 100 Personen unterzeichnet worden. Nach Abschluß der Listen soll eine Eingabe mit eingehender Begründung um Verlegung des Bahnhofs an die Regierungskommission gerichtet werden. Tatsächlich reicht der Burbacher Bahnhof für den Verkehr nicht mehr aus, ist außerdem auch nicht zentral genug gelegen.

Ein Saarbrücker Personenauto ist wiederum das Opfer eines schweren Unglücks geworden. Als sich das Auto des Banagisten Fritsch aus Saarbrücken 2 in voller Fahrt auf der Forbach-Chaussee in unmittelbarer Nähe der französischen Grenze befand, verlagte die Steuerung, so daß der Wagen gegen die Straßeneinfassung geschleudert und zertrümmert wurde. Einer der Insassen, der Beamte der Bergwerksdirektion, Jules Marchal, der an einer sportlichen Veranstaltung in Forbach teilgenommen hatte, fand durch einen Schädelbruch sofort den Tod. Ein weiterer Insasse erlitt schwere Quetschungen der Brust und des Kopfes, der Besitzer des Wagens, Herr Fritsch, erlitt eine ernste Armverletzung. Der vierte Insasse kam mit dem Schrecken davon.

Brebach. Der Motorradfahrer Robert Stephan aus Göttingen stieß in Neu-Fechingen mit einem Personenauto zusammen, wobei er lebensgefährliche Verletzungen erlitt.

Böblingen. In der Nacht zum 8. Juli wurde der Arbeiter Schöneberg aus Wallerfangen, Vater von sieben Kindern, auf dem Heimweg von vier Burschen gesteuert und nach einem kurzen Wortwechsel erstochen. Die Ursache sollen Familienzwistigkeiten gewesen sein.

Neunkirchen. An einem der letzten Sonntage fand die Enthüllung des Kriegerdenkmals für die 10 gefallenen Helden aus dem Weltkrieg der Gemeinden Köhlhof und Bräunweilerhof statt. Das Denkmal hat zwischen den beiden Gemeinden am Lühelholzwäldchen seine Aufstellung gefunden. In den Gedächtnisreden der Geistlichen Meyn und Becker kam der Wunsch nach Einigkeit der deutschen Volksgenossen zum Ausdruck. Nicht konfessioneller und Parteihader seien dazu angetan unser Volk wieder auf die Höhe zu bringen, sondern im gegenseitigen Händereichen und bei intensiver Miteinanderarbeit im wahren Frieden würden wir etwas Großes erreichen und damit den Gefallenen den Dank zollen dafür, daß sie ihr Leben für uns im blutigen Kampfe gelassen haben.

Eschweiler. Der Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses ist im Rohbau unter Dach und Fach gebracht, so daß mit dem inneren Ausbau begonnen werden kann.

St. Wendel. Vom Dache abgestürzt ist ein Dachbeder, als er mit der elektrischen Leitung in Berührung kam. Er blieb auf der Stelle tot.

Differten. Das Kriegerdenkmal ist im Bau so weit vorgeschritten, daß es am 18. Juli eingeweiht werden kann. Zu den Einweihungsfeierlichkeiten werden jetzt schon die Vorbereitungen getroffen.

Merzig. Die freiwillige Feuerwehr von Merzig beging Ausgang Juni die Feier ihres 100-jährigen Bestehens unter starker Teilnahme der Bevölkerung der Stadt und der Umgebung. Gelegentlich eines Festkommerfes hielt Bürgermeister Scheuren

die Begrüßungsansprache, in der der deutsche Gedanke kräftige Betonung fand. Er gab einen interessanten Blick über Werden und Wachsen der Wehr und schloß mit den Worten: „Durch das brausende Wolkenmeer, die Sterne schützen uns und wir finden die alte Heimat wieder“. Die Glückwünsche und Grüße namens der Kreisverwaltung überbrachte Landrat Klein, der der Jubelwehre Worte der Anerkennung und des Dankes sagte. Die Glückwünsche des Rheinischen Feuerwehrverbandes übermittelte sein erster Vorsitzender Geh. Justizrat Obenkirch-Koblenz. Gerne seien die Gäste aus dem Reich ins Saargebiet geeilt, handele es sich doch nicht nur um ein seltenes Jubelfest, sondern um einen Besuch der gesamten Kameraden an der Saar. Alle Kameraden rechts und links des Rheins fühlten die Lage des Saargebietes, fühlten, daß Saar und Rheinprovinz zusammengehörten, und daß sie wünschten, daß das Saarvolk recht bald wieder volle Freiheit genieße. Zum Zeichen der immerwährenden Verbundenheit überreichte Justizrat Obenkirch der Merziger Wehr ein von einem Düsseldorfer Maler gemaltes Bild, das der 60 000 Mitglieder zählender Provinzialverband nur für seltene Gelegenheiten als Auszeichnung geschaffen hat.

Glückwünsche überbrachten noch Branddirektor Knipper-Saarbrücken, zugleich im Auftrag des Bürgermeisters Dr. Kellies und des Landrats Bogler, Dr. med. Kalesfeld als Sprecher der freiwilligen Sanitätskolonnen, Branddirektor Kertzig-Trier, Branddirektor Mehger-Kreuznach. Allen Rednern dankte Bürgermeister Scheuren mit dem begeistert aufgenommenen: „Allzeit treu bereit, für des Reiches Herrlichkeit!“

Eine rätselhafte Bluttat beschäftigt die Kriminalpolizei. Die 27 jährige Stieftochter der Witwe Schneider aus der Trierer Straße wurde mit durchschnittener Kehle im Hausflur ihres elterlichen Hauses vorgefunden. Der Leiter des polizeitechnischen Laboratoriums in Saarbrücken, der an den Unglücksort gerufen wurde, nahm eine eingehende Untersuchung vor. Haustüre und Fenster des Hauses waren fest verschlossen, auch ergaben sich keinerlei Spuren für das Ein- oder Aussteigen irgend eines Verbrechers. Das Mädchen hatte an der linken Halsseite einen 10 Zentimeter langen und 3 Zentimeter tiefen Schnitt. Die Hals-Schlagader war durchschnitten. Nach dem Befund wird Selbstmord angenommen.

Saarland.

Von Kurt Gerstein.

Ruhgeschwärt und dreckig nannte ein Unwissender meine zweite Heimatstadt. Da traf ihn die ganze Kraft meines beleidigten Saarbrücker Heimatstolzes. — Kennst du das Volk an der Saar, dessen beste Eigenschaften, Fleiß, Charakter und Intelligenz, dieses Land von Kohle und Eisen zu einem machtvollen Glied deutschen Wirtschaftslebens machten? Nein, du kennst ihn nicht, den trohigen, stolzen Bergmann von der Saar. Du weißt nicht, was diese treudeutsche Bevölkerung seit jenen Augusttagen durchgemacht hat. Schwereres trug kein Volk! Nirgends im deutschen Vaterlande konnte der Hunger so verheerend wirken, so alle Kreise erfassen, wie in diesem dichtbevölkerten südwestlichen Zipfel Preußens.

Ständig in Unruhe gehalten und Nachts aus den Betten geschreckt durch rohe Plückerangriffe, hat dies Volk Größtes geleistet. Fragt nur die Feldgrauen, die durch Saarbrücken kamen, mit welcher Liebe man sie behandelte, fragt die Verwundeten, mit welcher Treue deutsche Frauen an der Saar sie pflegten, was für Opfer trotz bitterster eigener Not hier willig gebracht wurden.

Und dann kam der 9. November. Blutenden Herzens mußte Saardeutschland seine Feldgrauen durchmarschieren sehen, unbefiegt aus verlorenem Kampfe. Trotz des furchtbaren Geschehens hat Saarbrücken in jenen Tagen deutsche Soldaten mit hingebender Liebe und Opferfreudigkeit aufzurichten gewußt. Als der letzte Wagen des durchziehenden deutschen Heeres noch über die Saarbrücke rollte, da kamen sie schon die Meher Straße herunter, die anderen, von Haß und Rachsucht erfüllt. Verwundeten waren die Fahnen, die nur deutsche Krieger grüßen sollten. Eisigkalt war der Empfang, den Saarbrücken den „Sieger“ bereitet; würdig einer deutschen Stadt! Und sie — ihre ganze Wut ergoß sich auf endlich „erobertes“ deutsches Land. Es waren harte Stunden für eine so stolze Stadt!

Und dann kam Versailles: das Saargebiet auf 15 Jahre getrennt vom Mutterlande, der Raub der Kohlenzechen — eine fortgesetzte Kette von Leiden. Die durch Rechtsbruch erfolgte Einführung des Franken setzte dem Ganzen die Krone auf. Sie ist dem ganzen Lande zum Verhängnis geworden. In ähnlich grellen

Farben, wie seinerzeit bei uns, zeigt sich hier die Ungesundheit einer inflationären Währung. Wirtschaftliche und zollpolitische Angliederung an Frankreich, ein massenweiser Zuzug landfremden Gesindels und entsprechende Blüte von Schiebertum und Zollschmuggel zum Schaden des Reiches und des Landes sind die notwendige Folge. Das Wirtschaftsleben macht — soweit ausländisch und daher von der Saarregierung begünstigt — einem ungesund aufgebauchten und unhaltbaren Eindruck. Prächtige Villenbauten und umfangreicher Grunderwerb von Seiten dieses landfremden Gesindels stehen in unangenehmem Kontrast mit bitterer Not in den Kreisen des gebildeten Mittelstandes.

Ein Studium der Saardeutschen an deutschen Hochschulen ist meist wegen des tiefen Frankenstandes unmöglich. Das Reich mühte da doch mehr, als es schon geschieht, helfend eingreifen. Gerade in der letzten Zeit kam die Treue zum Vaterlande erhebend zum Ausdruck in der von Tausenden besuchten Stageralfest im Saalbau zu Saarbrücken.

Treu um Treue!

Personalnachrichten.

Von der Eisenbahn. Befördert wurden zum Eisenbahnassistenten die Betriebsassistenten: Kempf, Beder 2, Flasch, Reinheimer, Bod, Mehger und Kläuser in Saarbrücken, Ball in Hilsdorf, Dör in Michelbach und Oster in Dillingen. — Wagenmeister R. Berg in Neunkirchen zum Oberwagenmeister, Rangiermeister Fr. Klein in Malsstatt zum Oberangiermeister, Wagenaufscher A. Steffes und Hugo Wimmer, Saarbrücken H.B., Franz Teusch, Gust. Heipp und Heinrich Schäfer in Saarbrücken G.B., Aug. Trehm und A. John in Neunkirchen zum Wagenmeister. — Wetzenwarter Gehrhardt in Saarbrücken, Laval in Homburg, Löw in Bous, Kerwer Pet. in Dillingen und Krumbach in Einöd zum Oberwagenwärter. — Ernann wurden: Fr. Mosler in Saarbrücken H.B. (Ga.) zum Eisenbahnassistenten im Zolabfertigungsdienst. — Etatsmäßig angestellt wurden: Reserve-Lokomotivführer a. v. Kappel in Saarbrücken als Eisenbahnassistent und Lohnangestellter Junker in Homburg als Betriebsassistent.

Rektor Luth in Elversberg tritt mit dem 1. Oktober in den Ruhestand. Er ist ein Sohn des Saargebietes und stammt aus Jechingen bei Saarbrücken. Schon vor nunmehr 50 Jahren trat er 1876 als Aspirant in den Schuldienst in dem kleinen Hochwaldbörchen Korob bei Thalfang. Seine Ausbildung für den Lehrerberuf erhielt er im Seminar zu Kolmar i. El. Die größte Zeit seiner Schularbeit entfällt auf das Saargebiet. In Walpershofen, Spiesen, Wischmisheim und Saarbrücken wirkte er, ehe er am 1. April 1911 als der erste Rektor die Leitung der evangelischen Volksschule übernahm. Rektor Luth ist über die Grenzen des Saargebietes hinaus als geschickter Kartograph bekannt geworden. Besonderen Anhang hat seine Karte von Palästina gefunden. Seine Heimatkarten des Saargebietes sind im Hoferschen Verlage in Saarbrücken erschienen. In der letzten Zeit hat Rektor Luth einen Atlas bearbeitet, der demnächst im Buchhandel erscheinen wird.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Jakob Meiser in Merxweiler, Auguststraße (75 bzw. 72 Jahre), die Eheleute Heinrich Rupp, Bergwerksdirektionssekretär a. D., und Wilhelmine, geb. Jahr, Saarbrücken 1, Kirchbergstraße. (Heinrich Rupp ist noch einer der wenigen Spickernkämpfer von 1870.)

Ihren 90. Geburtstag konnte die Witwe Stuh in Nalbach am Johannestag begehen. Sie ist Urgroßmutter und die älteste Frau der Umgegend.

Nach 33jähriger Tätigkeit im Verlag von Gebr. Hofer starb nach langem schwerem Leiden im Alter von 57 Jahren der Proturist der Firma Gebr. Hofer A.-G., Wilhelm Junker, in Saarbrücken. Er war einer der Männer, die den Aufschwung des alten Hoferschen Blattes schaffend und wirkend miterlebten und die sich dabei einen Ehrenplatz in seiner Geschichte durch Treue und Fleiß erkämpft und erstritten haben. Als Mensch von Offenheit und Herzensgüte gewann er die Herzen von Mitarbeitern und Untergebenen, so daß ihm der Dank und ein ehrendes Andenken aller derer, die mit ihm in Berührung gekommen sind, bis über das Grab hinaus sicher ist.

Der älteste Bürger Saarbrückens ist in der Person des Veteranen August Bergmann im Alter von über 96 Jahren gestorben. Bergmann diente beim 7. Ulanen-Regiment und war Mitkämpfer in den Feldzügen 1864, 1866, und 1870. Der Verstorbene war weit über die Grenzen Saarbrückens bekannt und seine Rüstigkeit bis ins hohe Alter war bewundernswert.

Reparationsfachlieferungen aus dem Saargebiet. Zwischen der Saarindustrie und dem Sachlieferungsbüro in Paris haben Verhandlungen stattgefunden, die eine Mitbeteiligung der Saarindustrie an den deutschen Reparationsfachlieferungen zum Ziele hatten. Die Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen und setzen eine Mitbeteiligung des Saargebietes an diesen Lieferungen vor. Auf das Saargebiet sollen Sachlieferungsaufträge im Werte von 5 Millionen Reichsmark entfallen, die bis zum 31. März 1927 wie folgt verteilt werden: für Frankreich 4½ Millionen, für Belgien 700 000 und für Jugoslawien 50 000 Mark.

Vom Saarbergbau.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Jägersfreude verunglückte der Bergmann Wilhelm Blechschmidt aus Herrensohr schwer. Er erlitt eine Verletzung des Gehirns. Auf der gleichen Grube verunglückte der Bergmann Georg Schweizer aus Dudweiler, der zwischen zwei Wagen geriet und schwere Quetschungen erlitt. — Auf Grube Friedrichsthal wurde der 18 Jahre alte Bergmann Julius Pitz aus Bildstod durch niedergehende Gesteinsmassen zu Tode gedrückt. — Auf dem Saarschacht bei Schwalbach verunglückte der 55 Jahre alte Bergmann Teobald Bernhard aus Hülzweiler durch abstürzendes Gestein tödlich. Der 55jährige Fahrhauer Erbel aus Altenwald verunglückte auf Grube Altenwald, wobei er schwere innere Verletzungen erlitt. — Auf Grube Jägersfreude verunglückten der jugendliche Arbeiter W. Grohmann aus Dudweiler und der Hauer Nikolaus Bohm aus Herrensohr, ferner der Hauer Carl Holzer aus Hassel. — Auf Grube Dudweiler kam der Steiger Fritz Wagner aus Dudweiler zu Schaden.

Durch die Grubensenkungen in Schnappbach mußte die katholische Kirche für längere Zeit geschlossen werden. Die notwendig gewordenen Reparaturen werden mindestens acht Wochen in Anspruch nehmen.

Der Wetterschacht von Grube Bessen zu Bruch gegangen. Wie sich aus einer Zuschrift an die „Saarbrücker Zeitung“ ergibt, ist der einzige ausziehende Wetterschacht der Grube Bessen teilweise zwischen der ersten und zweiten Sohle zu Bruch gegangen. Dies ist der Erfolg des unüberlegten Abbaues durch die früheren Ingenieure, die, um die Kopfleistung um einige Dezimalstellen in die Höhe zu schrauben, die Sicherheitspfeiler um den Schacht herum abbauten, ohne den Spülversatz dieses Keldes sorgfältig auszuführen. Genannte Ingenieure haben scheinbar geglaubt, was sie angerichtet; sie haben die „Platt gepuht“, wie der hiesige Bergmann sagt. Wenn auch durch den zu Bruch gegangenen Schacht noch Wetter ziehen, so ist doch zu bedenken, daß durch einen engen Querschnitt nicht dieselbe Wettermenge durchzieht, als durch einen weiten. Zudem ist Grube Bessen eine Schlagwettergrube mit sehr starker C.H.-Entwicklung. Außerdem wird hier viel Kohlenstaub erzeugt. Nicht unwichtig ist es, darauf aufmerksam zu machen, daß der französische Unternehmer, der die Richtstraße in der 3. Sohle aufführt, in kurzer Zeit in der Nähe der Gefährzone ankommen wird, in welcher vor einigen Jahren ein großer Schlagwetterausbruch erfolgte. Dank den weisen Maßnahmen der damaligen preussischen Betriebsverwaltung ging dieser Ausbruch ohne Unfall vorüber. Die an dieser Stelle tätigen Arbeiter und technischen Beamten denken noch mit Ernst an jene Zeit. Es ist Pflicht der französischen Bergverwaltung dafür zu sorgen, daß der Frage eines neuen Wetterschachtes ernstlich nähergetreten wird, denn hier handelt es sich um wertvolle Güter — Menschenleben —.

Der Schacht auf dem Büchel bei Dudweiler, der vor über einem Jahre abgetäuft wurde, hat seitdem einen weiteren Ausbau nicht erfahren. Jetzt soll aber durch erforderliche Neubauten, Büros usw. der Betrieb eröffnet werden. Für die Bergleute in Dudweiler wird die Eröffnung des Betriebs an dieser Stelle eine Annehmlichkeit insofern sein, als ihnen der weite Weg zur Grube Jägersfreude erspart wird. Hoffentlich geht auch nun der Wunsch der Bevölkerung von Dudweiler in Erfüllung und man errichtet dort eine Kohlenverkaufsstelle.

Der Grubentonsumverein unter französischem Druck. Unter diesem Stichwort finden wir die folgenden Mitteilungen in der „Neunkirchner Volkszeitung“: Nach Übernahme der Saargruben durch die französische Bergverwaltung war es stets ihr Bestreben, die bergmännischen Konsumvereine, die meistens Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht sind, an sich zu reißen. Durch wirtschaftlichen Druck auf die Genossen wurden die Satzungen geändert; in den neuen Satzungen sicherten sich die Franzosen die Mehrheit im Vorstände und Aufsichtsrat. Aus dem Grubendienst ausgeschiedene Mitglieder genannter Körperschaften mußten nach den neuen Satzungen auch aus Vorstand und Aufsichtsrat ausscheiden. An deren Stelle traten Franzosen oder deren Werkzeuge. Es ist uns ein Fall bekannt, in dem die Ge-

schaftsführung, die die Verbindung mit alten, eingetragenen Saarfirmen (die den Verein in den schlechten Kriegs- und Nachkriegszeiten mit Waren versorgt haben), gerne aufrecht erhalten möchten, von der Bergverwaltung in letzter Zeit aufgefodert wurden, bei französischen Firmen zu bestellen. In einem anderen Fall wurde ein gewissenhafter Kassulator des Vereins, der seine Dienststelle auf der Grube aufgab, durch Kündigung seiner Stelle auch im Konsumverein enthoben. Die Stelle erhielt ein französischer Sekretär, der auch Mitglied des Aufsichtsrates ist; er muß also als residierendes Mitglied des Aufsichtsrates seinen Dienst als Rechnungsprüfer selbst prüfen. Und das Ende? Die Konsumvereine der Grubentonsumvereine in den letzten Jahren geben uns die Antwort.

Saarlirtschaftsleben.

Saarindustrie.

Der Kohlenbergbau, der größte und wichtigste Teil der Saarindustrie, wird schon seit 500 Jahren betrieben. Im Jahre 1816 kam die Verwaltung des Kohlenbeckens in die Hände des preussischen Staates. Mit dem Jahre 1852 etwa beginnt die Massenförderung. Gegenwärtig werden mit dem Abbau der Kohle rund 72 000 Bergarbeiter beschäftigt. Jeder zehnte Bewohner des Saargebietes ist Bergarbeiter. Im Vergleich zu anderen Industrien der Welt ist der Teil der Bergleute, die ein eigenes Heim auf eigener Scholle besitzen, erstaunlich groß. In Friedenszeiten ließ sich der preussische Staat die Fürsorge für die Arbeiter 161 Mark jährlich auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter kosten. Gefördert werden jährlich aus 80 Schächten rund 12 Millionen 500 000 Tonnen Kohle. Versuchen wir eine plastische Anschauung von dem Gewicht der Größe des Betrages zu gewinnen, der in dieser Zahl steckt. Ein Eisenbahnzug zu 50 Wagen, von denen jeder 200 Zentner Kohle enthält, kann als ein sehr langer und belasteter Zug angesehen werden. Das Saargebiet hat dem deutschen Vaterlande früher jahraus jahrein alle 20 Minuten einen solchen Zug von Kohlen aus dunkler Erdentiefe ans Licht gebracht, d. h., den zehnten Teil aller in Deutschland geförderten Kohle. Man versuche sich das überwältigende Bild auszumalen, wie aus 80 Schächten in rasender Fahrt, Tag und Nacht, Kohle emporsteigt, emporfliegt, überquilt in Zehntausende von Eisenbahnwagen und Hunderte von Saarfähnen und wie sie dann in alle Windrichtungen ununterbrochen in die Welt hinein rollt oder dahin schwimmt zu den Verbrauchsstätten. Heute geht ein großer Teil der geförderten Kohle nach Frankreich. Ein Drittel der Kohle bleibt im Saargebiet und dient hauptsächlich der Eisenindustrie. Diese geht bis in die Römerzeit zurück. In älterer Zeit gewann man spärliches Eisen aus Erzlagern, die hier und da zerstreut im Lande zu Tage lagen. Gegenwärtig wird das Eisen aus lothringischem Erz in fünf großen Hüttenwerken mit zusammen 24 Hochofen verschmolzen. Es sind die Werke von Brebach, Neunkirchen, Burbach, Völklingen und Dillingen, in denen zusammen 35 000 Arbeiter beschäftigt werden.

Im Jahre 1910 stellte das Saargebiet zwei Millionen Tonnen Roheisen her, d. h. 11 Eisenbahnzüge von der vorhin angegebenen Größe an jedem Tage. Das gewonnene Roheisen übernimmt die weiterverarbeitende Eisenindustrie zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen aller Art. Eine große Anzahl von Fabriken liefern Maschinen, Schienen, Kessel, Eisenbahnwagen, Bleche, Röhren, Drahtseile, Drahtstifte, Stahlwaren und Gußwaren aller Art.

Eine sehr bedeutsame Glasindustrie — es werden 7 Glashütten betrieben — liefert den vierten Teil von allem in Deutschland hergestellten Fensterglas. Jede vierte Fensterscheibe in Deutschland stammt von der Saar. Wir erwähnen auch die Tonwarenindustrie, die Pappwarenfabrik in Ensheim, die chemischen Fabriken, Lederwerke, Sägewerke und Klavierfabriken. Alle Industriezweige des Saargebietes sind damit noch längst nicht aufgezählt. Das industrielle Leben an der Saar ist also, wie man sieht, außergewöhnlich vielseitig. Das Saarland ist eines der wertvollsten Erzeugungsgebiete Deutschlands, es ist die Kammer, in der die süddeutschen Staaten zu einem wesentlichen Teile ihren Bedarf an Kohle, Eisen, Maschinen, Metallwaren, Glas, Steingut und vielem anderen decken. Der Versailler Vertrag droht auch diese wichtige Wertquelle vom deutschen Wirtschaftskörper loszulösen. Für die Dauer von 15 Jahren ist das Saargebiet französischer Zollhoheit unterstellt. Eine Zollschranke erhebt sich für diese Zeit zwischen dem Saarland und dem übrigen Deutschland, die die Saarindustrie von ihrem natürlichen Hinterlande abbindet. („Neunkirchner Volkszeitung.“)

Aus dem Werdegang der Bürgermeisterei Brebach.

Ueber den geschichtlichen Werdegang der Bürgermeisterei Brebach machte Postmeister und Beigeordneter Müller in einer Zeugnisversammlung unter andern folgende Angaben: Die Bürgermeisterei Bischmisheim besteht bereits über 100 Jahre. Aus dem Jahre 1814 liegt die erste Niederschrift über eine Sitzung des Bürgermeistereirates, der damals Municipalrat genannt wurde, vor. Zunächst hatte die Bürgermeisterei nur ehrenamtliche Bürgermeister. Bis November 1815 amtierte Bürgermeister Herz. Am 11. Dezember 1815 wurde Notar Woytt in Feschingen Bürgermeister, ihm folgte 1817 der Landwirt Kunkel in Feschingen. Der letzte ehrenamtliche Bürgermeister war der Landwirt Diener in Bischmisheim. Er war bis 31. Oktober 1827 im Dienst. Nun tritt ein Wendepunkt in der Geschichte der Bürgermeisterei ein. Es kommt der erste Berufsbürgermeister, Jakob Schwan. 1835 tritt an seine Stelle Bürgermeister Richard Klein, der 35 Jahre lang der Verwaltung vorsteht. Von 1870 bis 1888 amtiert Bürgermeister Eduard Jakob Klein, von da an bis 1914 Bürgermeister Emil Fritsch. Dann verwaltet Bürgermeister Gustav Beder bis 1922 die Bürgermeisterei, dem im gleichen Jahre Bürgermeister Ernst Kostant folgt. Die Bürgermeister der Bürgermeisterei Bischmisheim von 1827 bis 1852 waren gleichzeitig auch Bürgermeister der Bürgermeisterei Kleinbittersdorf. Das Bürgermeisteramt war von 1814 bis 1918 in Feschingen, dann bis 1854 in Bischmisheim und ist seitdem in Brebach. Die räumliche Ausdehnung des Verwaltungsgebietes der Bürgermeisterei war nicht immer die gleiche wie heute. 1814 besteht die Bürgermeisterei nur aus vier Gemeinden: Bischmisheim, Scheidt, Feschingen und Bliersrandsbach. Diese Begrenzung bleibt lange Zeit. Im Jahre 1859 tritt eine Veränderung ein. Die Gemeinde Brebach, die bis dahin dem Bürgermeistereiverbande Saarbrücken-St. Johann-Malsbacht-Burbach angehört hat, kommt zur Bürgermeisterei Bischmisheim. Das Bürgermeisteramt war also in Brebach, als dieses noch nicht einmal zum Verwaltungsbezirk gehörte. Ueberhaupt scheint damals die Unterbringung der Verwaltung Schwierigkeiten verursacht zu haben, denn vom September 1862 bis zum gleichen Monat des folgenden Jahres war das Bürgermeisteramt in der Mainzer Straße in St. Johann. Güdingen und Büdingen gehörten bis 1895 zur Bürgermeisterei St. Arnual. Die beiden Gemeinden fühlten sich bei St. Arnual anscheinend nicht wohl, seit 1872 betrieben sie die Abtrennung. Als dann St. Arnual mit Saarbrücken vereinigt wurde, ging der Wunsch der Bürger von Güdingen und Büdingen in Erfüllung. Die Bevölkerungsbewegung ist in den ersten fünf Jahrzehnten nichts weniger als lebhaft. Die Bürgermeisterei braucht, wenn man von der Eingliederung der Gemeinde Brebach absteht, rund 70 Jahre, um ihren Bevölkerungshand zu verdoppeln. 1814 haben die Gemeinden Bischmisheim, Bliersrandsbach, Feschingen und Scheidt zusammen 2345 Einwohner, 1882 4596 Einwohner. An dieser Bevölkerungszunahme nimmt Bliersrandsbach fast keinen, Feschingen nur geringen Anteil. Dagegen kann Bischmisheim in dieser Zeit seine Bevölkerungsziffer mehr als verdoppeln, Scheidt sogar verdreifachen. 1895 zählt die Bürgermeisterei 10 402 Einwohner, 1914 sind es schon 17 305, 1925 20 755. Diese Zahlen zeigen vor allem den starken Bevölkerungszuwachs in den letzten drei Jahrzehnten. Die Bürgermeisterei umfaßt eine Flächengröße von 5130 Hektar. Scheidt, Bischmisheim und Feschingen haben den größten Flächenumfang, Brebach den kleinsten.

Die Maschinenfabrik Ehrhardt & Schmeier in Saarbrücken feiert in diesem Jahre die 50. Wiederkehr ihres Gründungstages. Die Gründung des Unternehmens fällt in die Zeit der Gründerjahre, der Zusammenbrüche. Trotzdem hat sich das Unternehmen durch die Wirren jener Zeit hindurchgerungen. Ehrhardts neue unterirdische Dampfwasserhaltungen fanden schnell im gesamten Bergbau Eingang, im Dampfmaschinenbau wurde die Firma führend und als das Werk eine besonders glückliche Konstruktion von Umkehrwalzenzugmaschinen auf den Markt brachte, konnten die vorhandenen Arbeitseinrichtungen kaum noch die Fülle der Aufträge bewältigen. Von da ab ging es stetig aufwärts. Die Betriebe wurden vergrößert, die Arbeiterzahl wuchs auf 700, neue Fabrikationszweige wurden angegliedert und das Absatzgebiet, das anfangs nur das Saargebiet, Lothringen und die benachbarten Industriegebiete umfaßt hatte, dehnte sich bis in die fernsten Erdteile aus. Hüttenwerke in Frankreich, England, Italien und Rußland, selbst Indien und Japan bestellten Walzenzugmaschinen oder Gasmaschinen. Immer stärker wurde die Produktionskraft der Betriebe, immer größer ihre Konkurrenzfähigkeit, das Werk war auf dem Wege, eine Weltfirma zu werden, als der Krieg die Kurve der Aufwärtsentwicklung aufhielt.

Handel und Verkehr.

Eine weitere Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 10 Prozent ist mit dem 1. Juli auf den Eisenbahnen des Saargebietes erfolgt. Eine Ausnahme machen natürlich die Tarife für Kohlen, Eisen und Erz im Verkehr mit Frankreich.

Bücherbesprechung.

Erinnerungsbuch an die Jahrtausendfeier.

Die Jahrtausendfeier des Saargebietes, die im vorigen Jahre einen so überaus eindrucksvollen Beweis deutscher Treue und deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls an der Saar erbrachte, hat soeben mit der Herausgabe eines hundertseitigen Erinnerungsbuches ihren harmonischen Abschluß gefunden. Wenn in einer Besprechung der „Saarbrücker Zeitung“ gesagt wird, daß kein Deutscher im Saargebiet, der an dem Zustandekommen und an der Durchführung der Jubiläumsgedung des Vorjahres teilgenommen hat, und der sich bewußt in die Kampfreihen der bedrohten Heimat stellte, ohne diese Deutschrift sein darf, so möchten wir diese Betonung dahin ergänzen, daß auch jeder Saardeutsche des Saargebietes es als seine Ehrenpflicht ansehen sollte, im Besitz dieser Erinnerungsschrift zu sein. Es ist ein Kulturdokument von bleibendem Wert, das noch in spätesten Zeiten davon Kunde geben wird, daß an der Saar, wie vor 1000 Jahren, so auch während der dritten Franzosen-Invasion, deutsche Stammesbrüder in unvermischter Blut- und Herzensreinheit lebten. Die Jahrtausendfeier im Juni vorigen Jahres ist mit Recht nicht nur im Saargebiet und im übrigen Deutschland als die Vorabstimmung angesehen worden, wie sie für 1935 im Versailler Diktat vorgesehen ist, sondern auch drüben im Westen des Saargebietes hat man diese überwältigende Kundgebung deutscher Treue für das gewertet, was sie war: Ein uner-schütterliches, unüberwindbares Bekenntnis zum Deutschtum.

Das schmale Büchlein enthält 125 charakteristische Lichtbilder aus allen Teilen des Saargebietes und ist mit zwei farbigen Schülerinnen-Zeichnungen, zeugend von der im Volkstum wurzelnden mitempfindenden Jugendseele — sinnig ausgeschmückt. Der Text gibt in großen Umrissen ein kurzes, historisch getreues Bild der Volksfeier, und zwar in den vier von Mitgliedern des Hauptauschusses verfaßten Abschnitten: „Vorbereitungen zur Jahrtausendfeier der Rheinlande im Saargebiet“, „Der Verlauf der Jahrtausendfeier“, „Der Eindruck der Feier im In- und Ausland“ und „Verfügungen und Streiflichter aus den Verhandlungen“. Im letzten Abschnitt ist alles das an Dokumenten zusammengefaßt, was die Feier von Amts wegen unterbinden sollte. Gerade dieser Abschnitt, der die Schwierigkeiten der Durchführung aufzeigt und auf Verhältnisse und Personen im Saargebiet manches interessante Schlaglicht wirft, dürfte von dauerndem historisch-politischem Werte sein. Der Preis des Büchleins ist auf 4 Franken festgesetzt: für Bücher in besserem Einband (für Geschenkwende besonders geeignet!) auf 12 Franken.

Gott dem Herrn hat es gefallen, am 2. Juli unerwartet nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elise Hasse

geb. Bosselt

im Alter von 42 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

Um stillen Beileid bitten in tiefem Schmerz

Hermann Hasse und Kinder

Familie Richard Bosselt

Margarete Bosselt

Hedwig Henze geb. Bosselt

Richard Henze.

Bl.-Schöneberg, Bl.-Wilmsdorf,
Prettin a. d. Elbe, Annaburg (Bez. Halle).

Die Beerdigung fand am 6. Juli auf dem Friedhof der Zwölf-Apostelkirche in der Kolonnenstraße zu Schöneberg statt.

6. Tagung des Bundes der Saarvereine (Vertreter-Versammlung)

verbunden mit der

deutschen Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar
in der großen Halle im Rheinpark (Messegebäude) in Köln a. Rh.

am 14. und 15. August 1926.

I. Empfang der Gäste im Hotel Minerva (hinter dem Hauptbahnhof) am Freitag, den 13. August von nachmittags 2 Uhr ab.

II. Begrüßungskommers, veranstaltet von der Ortsgruppe Köln (Rhein) am Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Rudolfssaal, Hahnenstraße 36.

III. Mitglieder und Vertreterversammlung (geschäftliche Sitzung) am Sonnabend, den 14. August, vormittags 9 Uhr 30 Min. in dem vorgenannten Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine im Jahre 1925 und Kasienbericht für dasselbe Jahr.
Berichterstatter: Verwaltungsdirektor Vogel.
2. Feststellung der vertretenen Ortsgruppen, der anwesenden Einzelmitglieder usw.
3. Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes, und zwar des auf Grund des § 7 der Satzungen alljährlich durch Auslosung ausscheidenden Drittels der Beisitzer.
4. Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1926.
5. Bericht über die weitere Entwicklung der Vereinsarbeiten.
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat Andres.
6. Beschlußfassung über eingegangene Anträge.
7. Bundestagung 1927.
8. Verschiedenes.

IV. Öffentliche Vortrags-Veranstaltung des Bundes der Saarvereine am Sonnabend, den 14. August, im Vereinslokal Rudolfssaal, Hahnenstraße 36.

Tagesordnung:

- a) Begrüßung und Bericht des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine über die politische Lage im Saargebiet: Oberlandesgerichtsrat Andres.
- b) Saarpvorträge verschiedener Vertreter der politischen Parteien des Saargebiets, Mitglieder des Landesrats.
- c) Aussprache über diese und sonstige aktuelle Saarpfragen.
- d) Verlesung der Entschließung und Schlußwort: Verwaltungsdirektor Vogel.

V. Begrüßungsabend der landsmannschaftlichen Verbände am Sonnabend, 14. August, abends 8 Uhr im großen Saal des Gürzenich, Eingang Martinstraße, gemeinsam veranstaltet von den dem Westausschuß in Berlin angeschlossenen Spitzenverbänden: Reichsverband der Rheinländer, Bund der Saarvereine, Verein der Pfälzer, Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau und der Rheinischen Frauenliga.

VI. Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Köln unter fachverständiger Führung bzw. Teilnahme an dem Gottesdienst am Sonntag, den 15. August, vormittags. Treffpunkt 9 Uhr vor dem Dom (Südseite).

VII. Aufstellung des Festzuges am Sonntag, den 15. August, nachmittags 2 Uhr 30 Min. auf dem Neumarkt. Abmarsch Punkt 3 Uhr.

VIII. Große deutsche Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar am Sonntag, den 15. August, nachmittags um 5 Uhr, in der großen Halle im Rheinpark (Messegebäude).

- a) Orgelvortrag: Domorganist Bachem.
- b) Willkommengruß der Stadt Köln a. Rh. durch Herrn Oberbürgermeister Dr. h. c. Adenauer.
- c) Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Ehrenausschusses, Herrn Landeshauptmann Dr. Horion-Düsseldorf.
- d) Vortrag vom Männergesangsverein.
- e) Für Rhein und Pfalz: Herr Präsident Dr. Kaufmann, Vorsitzender des Reichsverbandes der Rheinländer.
- f) Gruß und Treugelöbnis von der Saar: Herr Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken, als Redner des Bundes der Saarvereine.
- g) Orgelvortrag.

IX. Gemütliches Zusammensein der Mitglieder der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine bei Bier, Gesang- und Musikvorträgen am Sonntag abend von 8 Uhr ab im Vereinslokal, Rudolfssaal, Hahnenstraße 36.

- a) Willkommengruß des Bundes der Saarvereine, Ortsgruppe Köln, Vorsitzender Bergreviersekretär Baumüller.
- b) Ansprache des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg.

Der Vorstand des Bundes der Saarvereine.

Der Vorsitzende: D. Andres, Oberlandesgerichtsrat.

Der Geschäftsführer: Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V., Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meuser, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.